

POLITISCHE STUDIEN 495

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

72. Jahrgang | Januar-Februar 2021 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

CORONA VERÄNDERT DIE GESELLSCHAFT



/// Zeitgespräch mit Markus Söder: Gelassen sein, nachdenken und dann das Richtige tun – S. 6

/// Siegfried Balleis: Das Projekt GAIA-X – S. 44

/// Michael Graßl/Jonas Schützeneder: TikTok - Der kommunikative Schaukelstuhl der Zukunft – S. 53

www.hss.de



„Dieses Jahr hat unser komplettes **LEBEN** quasi auf den Kopf gestellt.“

WIE DER AUSNAHMEZUSTAND QUASI ZUM NORMALZUSTAND WURDE

Das Jahr 2020 wird uns allen in ganz besonderer Erinnerung bleiben. Dieses Jahr hat unser komplettes Leben quasi auf den Kopf gestellt, das Äußere nach innen gekrempt und umgekehrt. Plötzlich wurde der Ausnahmezustand quasi zum Normalzustand. Unvorhersehbar. In so gut wie allen persönlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Und unumkehrbar. Denn die Pandemie wird sich, das lässt sich jetzt schon prognostizieren, auch noch in die Zukunft hinein gewaltig auswirken. Corona fungierte zum Teil als Beschleuniger, zum Teil als Katalysator. Belastungen hatte und hat die Pandemie allemal zur Folge. Mit dem rasanten, zumeist positiven Wandel der Arbeitskultur und ihrer Digitalisierung geht im ganz persönlichen Lebensbereich eine erhebliche Einschränkung von (Freiheits-)Grundrechten einher. Die Folgen für unsere gesamte Politik, Wirtschaft, unser Gesundheits-, Sozial- und Schulsystem sind vielfältig.

Zeit also, zu Beginn eines neuen (Bundestagswahl-)Jahres die Frage zu stellen, welche Auswirkungen die Pandemie auf unsere Demokratie hat. Was sind ihre sozialen Folgen? Wie können wir Resilienz generieren? Und wie wappnen wir uns in Zukunft gegen solche Ereignisse bestmöglich? Auch wenn vieles noch nicht abschließend bilanziert werden kann, so will der Schwerpunkt dieser Ausgabe unserer Politischen Studien in Teilaspekten die Auswirkungen von Corona auf unsere Gesellschaft beleuchten.

Ich selber darf mich an dieser Stelle von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, verabschieden, in der Hoffnung, dass Sie auch weiterhin einen guten Erkenntnisgewinn mit unseren immer wieder optimierten Politischen Studien erhalten. Bleiben Sie zuversichtlich und uns gewogen.

**Ihr Thomas Reiner,
Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**



06

INHALT



18



35



44

IM FOKUS

- 14 CORONA VERÄNDERT DIE GESELLSCHAFT**
Einführung
VERENA HAUSNER
- 18 PRIVAT WIE POLITISCH: GESUNDHEIT IST DAS WICHTIGSTE**
Die gesellschaftliche Bedeutung der Gesundheitspolitik
BERNHARD SEIDENATH
- 27 HOME OFFICE FÜR ALLE?**
Die Arbeitswelt nach Corona
JOSEPHINE HOFMANN
- 35 LASST UNS REDEN**
Politische Entfremdung in Zeiten von Corona
JULIAN HAJDUK / NATASCHA ZOWISLO-GRÜNEWALD

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 GELASSEN SEIN, NACHDENKEN UND DANN DAS RICHTIGE TUN**
Wie Bayern die Herausforderungen meistert
MARKUS SÖDER

ANALYSEN

- 44 DAS PROJEKT GAIA-X**
Europa braucht Datensouveränität
SIEGFRIED BALLEIS
- 53 DER KOMMUNIKATIVE SCHAUKELSTUHL DER ZUKUNFT**
TikTok als Austausch-Plattform für Journalismus und Politik
MICHAEL GRABL / JONAS SCHÜTZENER

AKTUELLES BUCH

- 63 EINBLICKE IN DEN „ÄGYPTISCHEN FRÜHLING“**
Von unten betrachtet
MARTIN PABST

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 66 REZENSIONEN**
- 70 ANKÜNDIGUNGEN**
- 74 IMPRESSUM**



**/// IM ZEITGESPRÄCH:
DR. MARKUS SÖDER, MDL**

ist Bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Christlich-Sozialen-Union (CSU) in Bayern.

/// Wie Bayern die Herausforderungen meistert

GELASSEN SEIN, NACHDENKEN UND DANN DAS RICHTIGE TUN

Die Corona-Pandemie hält derzeit die ganze Welt in Atem. Darüber hinaus gilt es aber auch, weitere globale Herausforderungen wie z. B. den Klimawandel, die Digitale Transformation oder die Energiewende zu bewältigen. Wie Bayern sich diesen zukunftsweisenden Aufgaben stellt, darüber haben wir mit Ministerpräsident Markus Söder gesprochen.

Politische Studien: Herr Ministerpräsident, Sie sagen selber, die Pandemie verlangt uns allen viel ab und Corona nervt. Wie geht man am besten mit den wachsenden Ermüdungserscheinungen, den Einschränkungen und dem damit verbundenen Verzicht um? Den Frust bekunden und rauslassen, das Virus einfach ignorieren, verzweifeln oder hoffen, dass alles bald wieder gut ist?

Markus Söder: Ja, Corona ist belastend. Und ich verstehe, wenn gerade junge Menschen angesichts der Einschränkung von sozialen Kontakten denken: „Ihr habt gut reden, Ihr habt Eure Jugend ja schon hinter Euch.“ Aber die Augen zu verschließen und zu hoffen, dass alles schon nicht so schlimm wird, ist keine Alternative. Wenn wir die Geduld verlieren und nicht mehr klug und vorsichtig bleiben, gefährden wir alles, was wir bis jetzt erreicht haben. In der ersten Welle hatten wir Höchstwerte von 2.000 Neuinfektionen am Tag in Bayern und 6.000 in Deutschland. Ende September warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor 19.200 Neuinfektionen täglich bis Weihnachten – unvorstellbar in der damaligen Situation. Heute wissen wir: Die Wirklichkeit hat die Prognose der Bundeskanzlerin schon An-

fang November längst überholt, lange vor Weihnachten.

Corona ist gefährlich. Wir haben es mit unserem Verhalten in der Hand, dem Virus keine Chance zur Übertragung zu geben. Für das Freizeitverhalten vieler das Leben weniger zu opfern, ist für mich als Christ ethisch nicht vertretbar. Ich möchte nicht in einer solchen Ego-Gesellschaft leben. Wir sollten gemeinsam alles tun, um so viele Menschenleben wie möglich zu retten.

Seinen Unmut öffentlich kundtun, ist ja offensichtlich eine neue Zeiterscheinung. Grundsätzlich herrscht zwar Meinungsfreiheit, aber diese neue Entwicklung der sogenannten „Hate Speech“, vorwiegend im Internet zu beobachten, erscheint bedenklich. Sie mussten das ja auch schon erfahren. Wie kann und sollte man dem begegnen?

Meinungsvielfalt ist die Voraussetzung für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Dafür brauchen wir eine breite Medienvielfalt, wie wir sie in Bayern haben und aus guten Gründen erhalten wollen. Aber der Diskurs in den Medien ist härter geworden: Hate Speech, Fake News im Internet und eben auf digi-



Wir haben 2019 mit der Hightech Agenda Bayern eine bundesweit einzigartige ZUKUNFTSOFFENSIVE gestartet.

talen Plattformen sind leider keine Ausnahme mehr. Manche nutzen die Anonymität, die das Internet bietet, zum Schaden anderer aus. Hier müssen wir konsequent handeln.

Die Betreiber von Internetplattformen sollten die IP-Adressen der Absender von Hasskommentaren offenlegen. Das schreckt digitale Hassprediger ab. Ein wichtiger Baustein ist die Kooperation von Justiz und Medien in Bayern zur Bekämpfung von Hass im Internet. Unter der Überschrift „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ gibt es ein Online-Formular und eine Cloud-Lösung, die es den Redaktionen leichter machen, Hasskommentare im Internet den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Bearbeitet werden diese Prüfbitten der Medien vom Hate-Speech-Beauftragten der Bayerischen Justiz bei der Generalstaatsanwaltschaft München. Ich warne aber davor, die gemeinsame Verantwortung der Gesellschaft und jedes Einzelnen erst nach den technischen Lösungen zu sehen. Wir sind alle in der Pflicht, unsere Demokratie zu schützen. Wir müssen verhindern, dass diejenigen den Takt angeben, die bereit sind, unsere gemeinsamen Grundwerte aufzugeben und bestehende Lücken radikal auszunutzen – vor allem im Internet.

Corona hat und wird weiter gesellschaftliche Veränderungen und Umbrüche auslösen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen bekommen schon viele zu spüren: Umsatzeinbrüche, Kurzarbeit, Jobverlust, drohende Insolvenzen ... was kann hier staatlicherseits getan werden?

Wir tun eine ganze Menge! Klar ist: Wenn es wirtschaftliche Einschränkungen gibt, muss es auch einen Ausgleich geben. Die Ausgleichsleistungen mit milliardenschweren Soforthilfen, Überbrückungsprogrammen, Garantien, Bürgschaftsübernahmen oder Steuererleichterungen sind einzigartig in der Geschichte unseres Landes. Aber noch wichtiger als die Überbrückungsphase ist die Durchstartphase danach. Dafür haben wir auf Bundesebene ein beispielloses Konjunkturprogramm aufgelegt, z. B. mit der temporären Absenkung der Mehrwertsteuer, mit mehr Geld für Familien und Entlastungen bei den Energiepreisen.

Aber Bayern geht noch einen Schritt weiter: Wir haben 2019 mit der Hightech Agenda Bayern eine bundesweit einzigartige Zukunftsoffensive gestartet und diese im vergangenen Sommer als Reaktion auf Corona sogar noch beschleunigt und ausgeweitet. Dieses kraftvolle Signal des Aufbruchs und der Zuversicht ist



Wir sollten GEMEINSAM alles tun, um so viele Menschenleben wie möglich zu retten.

ein eigenes bayerisches Konjunkturprogramm. Damit Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt, brauchen wir eine Unternehmenssteuerreform, eine vollständige Abschaffung des Soli sowie weitere Entlastungen bei den Energiepreisen. Unser Ziel muss es doch sein, die Unternehmen dabei zu unterstützen, selbst wieder Geld zu verdienen.

So schlimm das Virus sicher ist, hat es doch auch Entwicklungen in Gang gesetzt und Prozesse beschleunigt. Ich denke hier z. B. an die Digitalisierung, die gerade einen ziemlichen Schub erfährt, Stichworte „Home-Office“ und „Home-Schooling“. Bekommen wir da jetzt den Anschluss, nachdem diese Entwicklung und ihre Bedeutung in Deutschland zu spät erkannt wurde?

Corona hat uns einerseits gezeigt, wie stark unser Leben bereits vom digitalen Wandel geprägt ist. Auf der anderen Seite haben wir in den vergangenen Monaten auch die großen Potenziale der Digitalisierung erfahren wie Home-Office oder Skypen mit den Großeltern. Wir sollten diesen Digitalisierungsschub in Deutschland unbedingt ausnutzen

und verstetigen. Denn nicht nur unser Alltag, auch unsere Wirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden digitalen Transformationsprozess. Im internationalen Vergleich – vor allem mit den USA und China – dürfen wir keine Zeit mehr verlieren.

Der zentrale Ansatzpunkt dafür sind verstärkte Investitionen in Forschung und Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts wie z. B. Künstliche Intelligenz (KI). Mit unserem einzigartigen Investitionsprogramm, der Hightech Agenda Bayern, liefern wir die Blaupause dafür. Wir investieren 3,5 Milliarden Euro. Wir schaffen 13.000 neue Studienplätze und 1.000 neue Professuren, davon 100 für KI. Bayern allein macht damit im Bereich KI in einem Jahr so viel wie der Bund in fünf. Davon profitiert auch unser Mittelstand. Denn wir wollen ganz Bayern zum Gewinner der Digitalen Transformation machen.

Der Sprung in das Digitale Zeitalter, die Digitale Transformation, erfordert nicht nur High Tech, sondern auch Kreativität und Know-how. Wie bekommen wir in Bayern das erforderliche Wissen und die besten Köpfe dafür, um auch hier weiter führend zu sein?



Durch eine Hochschulreform mit einem modernen, unternehmerischen und internationalen Ansatz machen wir den WISSENSCHAFTSSTANDORT Bayern noch interessanter.



Die Mobilität ist eine Schlüsselfrage für Bayern als Industriestandort und wichtiger Teil für den KLIMASCHUTZ von morgen.

Mit der Hightech Agenda haben wir ein Attraktivitätsprogramm für die besten Wissenschaftler aus aller Welt gestartet. Durch eine Hochschulreform mit einem modernen, unternehmerischen und internationalen Ansatz mit mehr Freiheit und Zeit für Forschung machen wir den Wissenschaftsstandort Bayern noch interessanter. Und wir kleckern nicht, wir klotzen: Wir ziehen beschlossene Baumaßnahmen vor und besetzen bereits ab April alle neuen rd. 1.800 wissenschaftlichen Stellen und nicht erst wie ursprünglich geplant zwischen 2021 und 2023.

Mit der neuen Technischen Universität Nürnberg errichten wir nicht nur einen neuen Leuchtturm für die Forschung in Bayern, sondern ein Role Model für die Universität der Zukunft. Hinzu kommt mit dem Aufbau der europaweit größten Fakultät für Luft-, Raumfahrt und Geodäsie an der TUM ein weiterer Meilenstein für die Forschung in Bayern. Und an dieser Stelle darf auch mal gesagt sein, dass Bayern nicht nur durch exzellente Forschungsinfrastruktur punktet, sondern auch durch das einzigartige bayerische Lebensgefühl. Wo ließe sich besser leben, lernen und lehren als bei uns?

Auf welchen Schlüsseltechnologien liegt das Hauptaugenmerk?

Als exzellenter Industrie- und Hightech-Standort wollen wir unsere weiß-blaue Spitzenstellung auch in Zukunft untermauern. Dafür investieren wir in die Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts: Luft- und Raumfahrt, KI, LifeScience, CleanTech, Wasserstoff, Quantentechnologie und Infektionsforschung.

Wir machen ganz Bayern zu einem führenden KI-District mit dem Zentrum in München sowie Knoten- und Endpunkten im ganzen Land. Passend dazu starten wir eine bayerische Quanteninitiative und errichten ein Zentrum für Quantencomputing und Quantentechnologie in München. Zudem investieren wir massiv in klimafreundliche Technologien. Beispielsweise treiben wir die Wasserstoffwirtschaft in allen Bereichen mit Industrie und Forschung voran und etablieren in Bayern die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zur Tankstelleninfrastruktur. Ziel ist es, Bayern als weltweiten Exporteur von Wasserstofftechnologien zu etablieren.

Und natürlich ist die Mobilität eine Schlüsselfrage für Bayern als Industriestandort und wichtiger Teil

für den Klimaschutz von morgen. Wir brauchen eine Beschleunigung des Transformationsprozesses, bei dem Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen. Moderne Automobilität schafft Arbeitsplätze und nützt dem Klima.

Auch wenn Corona derzeit und vermutlich auch noch länger in der Agenda ganz oben steht, dürfen darüber nicht andere Problemstellungen wie z. B. der Klimawandel vergessen werden. Nicht nur „Fridays for Future“ macht darauf weiter aufmerksam. Was können, was müssen wir hier tun?

Der Klimawandel ist Fakt und mindestens genauso pandemisch wie Corona. Genau wie bei COVID-19 sind wir im Kampf gegen den Klimawandel sehr gut beraten, auf Wissenschaft und Forschung zu setzen. Deshalb fördern wir neben sauberen Technologien wie Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe beispielsweise auch die Raumfahrt gezielt beim Thema Satelliten und Erdbeobachtung. Durch Erdbeobachtung aus dem Orbit lassen sich klimarelevante Prozesse wie z. B. die Veränderung von Meeresströmen viel genauer beobachten und verstehen.

Zudem sind wir im Herbst 2020 einen entscheidenden Schritt gegang-

gen und haben ein bayerisches Klimaschutzgesetz verabschiedet. Darin haben wir nicht nur die bundesdeutschen Klimaschutzziele übernommen, sondern darüber hinaus die Klimaneutralität Bayerns bis 2050 landesrechtlich verankert. Die Bayerische Staatsverwaltung wird eine Vorreiterrolle einnehmen und bis 2030 klimaneutral sein. Dafür haben wir einen 10-Punkte-Plan mit rund 100 konkreten Maßnahmen entwickelt, von denen zwei Drittel bereits umgesetzt werden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Bayern zum ersten klimaneutralen Bundesland in Deutschland machen.

Leider ist seit einiger Zeit ein zunehmender Rechtsextremismus festzustellen und es mehren sich Anzeichen von Demokratiefeindlichkeit. Wie ernst sind diese Bedrohungen für Demokratie und Gesellschaft und wie sollte man ihnen am besten begegnen?

Extremismus, Gewalt und Hass haben in Bayern keinen Platz. Gerade in der aktuellen Situation steht die Bayerische Staatsregierung für klare Kante gegen Rechts. Nicht kleinreden, nicht relativieren, nicht ignorieren. Irgendwann, wenn völkische Parolen oft genug geschrieben sind,



Extremismus, Gewalt und Hass haben in Bayern KEINEN Platz.



GLAUBE ist ein starker Anker, gibt Halt, stiftet Gemeinschaft und macht Menschen Mut.

wenn sie ohne Reaktion und ohne Sanktion bleiben, werden aus bösen Gedanken und bösen Worten auch böse Taten.

Der Freistaat tut viel gegen Rechtsextremismus: Rechtsextremistisch motivierte Straftäter werden bei uns von Polizei und Sicherheitsbehörden verfolgt und mit aller Härte des Rechtsstaats bestraft. Aktuell sollten wir die sog. „Querdenker“-Demonstranten kritisch unter die Lupe nehmen. Es ist beunruhigend, dass immer mehr Querverbindungen zum Rechtsextremismus bei den Querdenkern wahrnehmbar sind. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten werden zu Feinden erklärt. Demokratie wird verachtet. Und Gewalt wird geduldet. Damit ist die „Querdenken“-Bewegung längst ein Fall für den Verfassungsschutz.

Es scheint, die Welt bestehe nur mehr aus Krisen, Bedrohungen und Problemen. Wie kann man sich bei all dem Stress und den Herausforderungen Mut, Hoffnung und Vertrauen für eine gute Zukunft bewahren? Wie gehen Sie damit um?

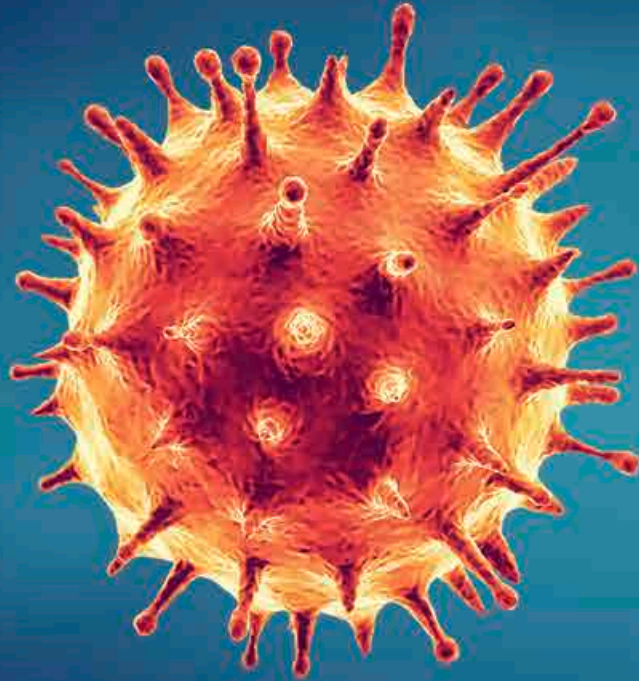
Gelassen sein, nachdenken und dann das Richtige tun – ein guter Ratgeber und für mich als Christ nur ein anderes Wort für Gottvertrauen. Viele

Menschen sind wieder verstärkt auf der Suche nach Orientierung. Glaube ist hier ein starker Anker: Glaube gibt Halt, stiftet Gemeinschaft, macht Menschen Mut. Glaube lässt sich nicht beweisen – und doch trägt er. Es ist ein tröstlicher Gedanke, dass es da noch jemanden gibt, der über all dem steht. Der uns aufnimmt. Der für uns da ist. „Vertrau auf Gott und er wird dich leiten.“ Das ist ein Leitspruch, den ich mir angeeignet habe.

Abschließend noch eine persönliche ... nein, nicht die K-Frage: Gibt es inzwischen schon einen neuen treuen tierischen Begleiter auf Ihren Waldspaziergängen? Sie mussten ja leider vorletztes Jahr den Abschied und Verlust ihres langjährigen Familienhundes Fanny erleben.

Unsere Labradordame Fanny ist zwölf Jahre Teil der Familie gewesen. Wir vermissen sie sehr. Seit Kurzem haben wir neben unserer Pinscherdame Bella nun Molly. Sie ist eine süße junge Hundedame. Da geht einem das Herz auf.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Quelle: iStock.com/filixetow

IM FOKUS

/// Einführung

CORONA VERÄNDERT DIE GESELLSCHAFT

VERENA HAUSNER /// Das vergangene Jahr 2020 war anders. Ein Virus war plötzlich in der Welt und hat unser aller Leben einschneidend verändert. Noch wissen wir nicht, wie die zukünftige Entwicklung aussehen wird, aber Auswirkungen im gesellschaftlichen Bereich lassen sich jetzt schon feststellen.

2020 ist ein Jahr, das sicherlich jedem unvergesslich bleiben wird. Das Corona-Virus tauchte zu Beginn ganz plötzlich auf und nahm rasend schnell seinen Zug rund um den Erdball auf. Auf eine Pandemie dieser Art und dieses Ausmaßes war auch die Welt des 21. Jahrhunderts nicht vorbereitet. Strategien mussten angepasst und neu entwickelt werden und die weltweite fieberhafte Suche nach einem Impfstoff begann. Mittlerweile sind hier auch schon Erfolge zu verzeichnen und geben Hoffnung darauf, die Bedrohung bald in den Griff zu bekommen, ja gar beenden zu können. Aber schon jetzt steht fest: Corona hat

die Welt verändert. Es hat Auswirkungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen mit sich gebracht, z. B. in der Arbeitswelt, im Bereich der Kommunikation und natürlich ganz besonders im Gesundheitswesen.

2020 stellte die Corona-Pandemie die Welt vor eine noch nie dagewesene globale HERAUSFORDERUNG.

Ein gutes und leistungsfähiges Gesundheitswesen ist systemrelevant und gesellschaftspolitisch somit grundlegend. Bernhard Seidenath, der gesundheitspolitische Beauftragte der CSU, zeigt in seinem Beitrag auf, welche Voraussetzungen ein funktionierender Gesundheitssektor benötigt und wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Das deutsche Gesundheitssystem hat sich bislang in der Krise grundlegend bewährt und Bayern ist mit seinen rund 400 Krankenhäusern gut aufgestellt. Nach Seidenaths Auffassung sind allerdings durchaus noch Verbesserungen, beispielsweise bei Material und Personal nötig, um es vor einer Überlastung zu schützen. Im Falle wie der vorliegenden Pandemie braucht es zusätzliche Pflegekräfte, Intensivbetten und Schutzmaterial. Gerade bei Letzterem ist eine Umkehr zu heimischen Produktionsstätten dringend erforderlich und auch schon zu verzeichnen.

Bemerkbar ist aber auch eine deutlich gestiegene Wertschätzung des Gesundheitswesens und der dort Tätigen in der Gesellschaft. Diese sollte zukünftig aber auch in deren Rahmenbedingungen bei Arbeitsplatz und Bezahlung Ausdruck finden. Denn ein funktionierendes Gesundheitssystem ist eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit und Aufgabe. Zukunftsweisend sieht Seidenath in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft eine Leitökonomie des 21. Jahrhunderts.

Die Corona-Pandemie hat auch die Arbeitswelt 2020 in hohem Maß und Tempo beeinflusst und verändert. Virtuelle Arbeitsformen haben einen enormen Schub erfahren und Corona wirkte hier auch als Digitalisierungsbeschleuniger. Home Office war nicht nur, aus der Not geboren, plötzlich das Gebot

Das Virus Covid-19 hat schnelle und starke Veränderungen in der ARBEITSWELT bewirkt.

der Stunde, sondern wurde auch zu einem der meist genannten Begriffe 2020. Home Office, Home Schooling ... wer nicht systemrelevant war, stellte seinen Arbeitsplatz und Lernort bereits im ersten Lockdown nach Möglichkeit auf Distanz um. Wie dies von statten ging und gehen konnte, weist die Untersuchung des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation nach. Josephine Hofmann stellt in ihrem Beitrag dazu dar, wie und dass mobiles Arbeiten funktionieren kann.

Als Fazit kommt sie zu dem Schluss, dass sich durch die Corona-Pandemie nicht nur die Arbeitswelt sehr stark und plötzlich verändert hat, sondern dass diese neuen hybriden, flexiblen und nachhaltigen Arbeitsformen auch produktiv sind. Die Rahmenbedingungen bedürfen auch hier noch der Anpassung in einigen Bereichen ebenso wie die Spezialisierung mit Arbeit auf Distanz. War doch bislang überwiegend das Büro der Normalfall und wer hatte nicht auch seine Krisen im Home Office. Aber Corona hat gezeigt, dass es eben auch anders geht. Deutschland im Experimentierfeld „Arbeitswelt der Zukunft“: Es ist gelungen und wird sich weiterentwickeln.

Mit anhaltender Dauer und zunehmendem Verlauf der Pandemie nahm aber auch der Unmut gegen die erforderlichen Maßnahmen zu und es gab offe-

nen Widerstand. Neben Ermüdungserrscheinungen und Frust machten sich Skepsis und Ablehnung breit. Dazu trugen auch Fehlinformationen in Form von Fake News und Verschwörungstheorien bei, die hauptsächlich über die Sozialen Medien Verbreitung fanden, sowie die Kommunikation untereinander. Wie diese funktioniert und abläuft, stellen Julian Hajduk und Natascha Zowislo-Grünwald vom Institut für Organisationskommunikation der Bundeswehr-Universität München in ihrem Beitrag dar. Sie zeigen, dass und wie Kommunikation vereinen, aber auch zur Spaltung führen kann.

Umso wichtiger ist es, hier Gemeinsamkeiten zu suchen und zu stärken, um gegen eine Polarisierung und Verhärtung in der gesellschaftlichen Meinung, wie es sich in der derzeitigen Krisensituation beobachten lässt, entgegenzuwirken. Gerade auch die Politik mit ihren Kommunikationsstrategien ist hier gefordert, um das nötige Vertrauen und ein verbindendes gesellschaftliches Fundament aufzubauen und Harmonisierung zu schaffen. „Kommunikation ist die einzige Brücke, [...] um auch jenseits von jedem Blockdenken Raum für einen roten Faden zu schaffen, an dem sich möglichst viele Bürger ‚entlanghangeln‘ können“, ist das Fazit der Autoren. Lasst uns also

miteinander reden, denn eine weitere Verschärfung des gesamtgesellschaftlichen Corona-Diskurses sollte tunlichst vermieden werden.

Die Corona-Pandemie ist eine globale und gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese Probe können und werden wir nur gemeinsam bewältigen. Sie hat bislang bereits viel menschliches Leid und Verluste hervorgerufen und Auswirkungen auf unser aller Leben bewirkt. Dies zeigt sich bereits in vielen gesellschaftlichen Bereichen und wird auch zukünftig noch spürbar werden. Nutzen wir die Veränderungen für den Fortschritt und eine gute Zukunft. ///



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Mit den richtigen KOMMUNIKATIONS-STRATEGIEN kann man einer spaltenden Meinungspolarisierung in der Gesellschaft entgegenwirken.

/// Die gesellschaftliche Bedeutung der Gesundheitspolitik

PRIVAT WIE POLITISCH: GESUNDHEIT IST DAS WICHTIGSTE

BERNHARD SEIDENATH /// Die Corona-Pandemie hat den Gesundheitssektor in eine überaus prominente Position gerückt. In allen Medien, in der Politik und im Privaten wird so viel über Gesundheit, Medizin, Gesundheitspolitik und das Gesundheitswesen allgemein diskutiert wie noch nie zuvor. Dies zeigt, wie sehr das SARS-CoV-2-Virus die Menschen, auch zu Beginn 2021, in seinem Bann hält.

Gesundheit ist eine der grundlegenden Voraussetzungen von Gesellschaft

Gesundheitspolitik ist immer Gesellschaftspolitik. Gesundheit betrifft alle: individuell und als Teil unserer Gesellschaft. Ausdruck dieser Verquickung ist die Solidargemeinschaft, in der jeder Einzelne Beistand durch die Gesellschaft erwarten kann, in der er aber auch als Teil dieser Gesellschaft Beistand leistet. Am sichtbarsten wird dies

im Krankheitsfall, in dem der Betroffene durch die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung aufgefangen wird. „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Mit dieser Sentenz hat Arthur Schopenhauer treffend die im wahrsten Sinn des Wortes fundamentale Funktion des Gesundheitswesens sowohl für den Einzelnen als auch für die gesamte Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Gesundheit ist das Wichtigste: privat wie



Die Corona-Pandemie stellte das Gesundheitswesen vor ganz neue Herausforderungen.

Ein gutes, funktionierendes Gesundheitswesen ist gesellschaftspolitisch **GRUNDLEGENDE**.

politisch. Es liegt deshalb im ureigenen Interesse der Gesellschaft, ein modernes, leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem bereitzustellen. Auch und gerade während des Stresstests der aktuellen Corona-Pandemie.

Systemrelevanz und Enthusiasmus: Der Umgang mit der Pandemie zu Beginn

Schon bald nach dem Auftauchen des SARS-CoV-2-Virus in unseren Breiten musste das Gesundheitssystem erste Bewährungsproben bestehen. Im Fokus stand allen voran das medizinische und das pflegende Personal, das mit der neuartigen Bedrohung umgehen musste. Untermuert durch drastische Bilder aus vielen Teilen der Welt, in denen die Wucht der viralen Bedrohung und die Überforderung vieler Sorgender zum Ausdruck kam, wurden zu Recht die Mitarbeiter in Krankenhäusern, aber auch in Reha- und Pflegeeinrichtungen von einer Welle der Dankbarkeit und der Solidarität getragen. Wegen eingeschränkter Kontaktmöglichkeiten mussten sie verstärkt den Part der emotionalen Fürsorge übernehmen, von der psychischen Belastung einer möglichen eigenen Ansteckung ganz zu schweigen.

Zu Recht hat der Freistaat Bayern diese Wertschätzung mit einem dreistelligen Millionenbetrag auch monetär

zum Ausdruck gebracht und den Pflegenden einen Corona-Pflegebonus bezahlt. Ziel der Politik ist es schließlich, jedem eine bestmögliche medizinische Versorgung zu gewährleisten. Deshalb durfte und darf unser Gesundheitssystem nicht überfordert werden. Dies ist der Anspruch unserer Gesellschaft und Ausfluss des in Artikel 20 Abs. 1 unseres Grundgesetzes festgehaltenen Sozialstaatsprinzips. Die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems aufrecht zu erhalten, wurde so zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und der erste Lockdown mit einer Beschränkung sozialer Kontakte ab dem 22. März 2020 zu einer logischen Konsequenz. Freiheiten des Einzelnen mussten eingeschränkt werden, um die Rechtsgüter Leben und Gesundheit noch effektiv schützen zu können. Dies umfasste auch eine Verschiebung aller nicht unbedingt notwendigen Operationen, um Krankenhauskapazitäten für schwer erkrankte COVID-19-Patienten freizuhalten.

Diese Anfangszeit der Pandemie war von großer Solidarität gekennzeichnet. Auch wenn wir uns zur Begrüßung nicht mehr die Hand gereicht haben, waren sich alle doch sehr nah. Alle saßen im gleichen Boot und empfanden dies auch so. Alle mussten mit derselben unbekannteren Bedrohung zurechtkommen. Der feste Zusammenhalt der Gesellschaft spiegelte sich etwa in Nachbarschaftshilfen wider, wo mit großartigem Einsatz das Leben für besonders Betroffene angenehmer gestaltet wurde. Innergesellschaftliche Solidarität kam zum Beispiel durch das Nähen von Masken, durch das Tätigen von Einkäufen, durch Krisentelefone, Hilfen via Internet oder auch durch Fahrservices für Hochrisikopatienten zum Ausdruck. Für den Pflegepool, den die Vereinigung

der Pflegenden in Bayern auflegte, meldeten sich rund 2.500 Menschen: Leute, die anderen bewusst helfen wollten, die mit anpacken und so ihren ganz eigenen Teil dazu beitragen wollten, die Katastrophe zu überstehen.

Corona als Stresstest für unser Gesundheitssystem

Die Struktur unseres Gesundheitssystems

Die Pandemie hat die verschiedenen Gesundheitssysteme der Welt einem echten Stresstest unterzogen. Dabei hat sich unser Gesundheitssystem wacker geschlagen. Gerade im Vergleich mit staatlichen Systemen wie in Großbritannien oder vornehmlich privat finanzierten wie in den USA sind wir einigermaßen glimpflich durch die Anfangszeit der Pandemie gekommen. Eine Überforderung wie in anderen Ländern, die behandelnde Ärzte in Triage-Situationen gezwungen hat, wurde in unserem Land Gott sei Dank nicht beobachtet. Die Struktur unseres Gesundheitssystems hat sich deshalb grundsätzlich bewährt.

Die Stabilität des deutschen Gesundheitssystems basiert dabei auf einer vernünftigen finanziellen und materiellen Ausstattung, einer guten Lastenverteilung zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich sowie auf einer ausreichenden Anzahl verfügbarer Betten in unseren Krankenhäusern. Das

große Pfund aber sind die im Gesundheitsbereich Beschäftigten. Ohne deren aufopferungsvollen Einsatz und deren gute Ausbildung wäre die Bilanz nicht so freundlich ausgefallen. Im ambulanten Bereich haben die niedergelassenen Ärzte mit ihren medizinischen Fachangestellten in ihren Praxen viel abgepuffert und so ein wichtiges Stück dazu beigetragen, dass die Krankenhäuser nicht übergelaufen sind. Auch unsere Krankenhauslandschaft mit ihrer flächendeckenden, wohnortnahen und hochqualitativen Versorgungsstruktur hat sich in der Corona-Krise bewährt, genauso wie die föderale Struktur unseres Landes. So konnte vor Ort effektiv, angemessen und maßgeschneidert auf lokale Ausbruchsgeschehen reagiert werden. Durch die intensive, in vielen Teilen Bayerns übermenschliche Arbeit des Öffentlichen Gesundheitsdiensts (ÖGD) konnten zahlreiche Infektionsketten unterbrochen werden. Neben dem Corona-Pflegebonus hat Ministerpräsident Markus Söder deshalb am 21. Oktober 2020 in seiner Regierungserklärung im Landtag auch eine Bonuszahlung für die im ÖGD Beschäftigten angekündigt.

Fokus Krankenhäuser

Vor der Pandemie gab es eine heiße Diskussion darüber, ob es in Deutschland insgesamt zu viele Krankenhausbetten gebe. Befeuert wurde dies durch eine Mitte Juli 2019 veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung, die die These aufstellte, dass eine starke Verringerung der Klinikanzahl von aktuell knapp 1.400 auf deutlich unter 600 Häuser in ganz Deutschland die Qualität der Versorgung für Patienten verbessern und bestehende Engpässe bei Ärzten und Pflegepersonal mildern würde. Es mag schon sein, dass in der Modellregion

Das deutsche Gesundheitssystem hat sich bislang in der Krise gut **BEWÄHRT**.

Köln / Leverkusen, die von der Studie näher untersucht wurde, tatsächlich 24 der bestehenden insgesamt 38 Krankenhäuser geschlossen werden können, ohne dass die Patienten im Durchschnitt viel längere Fahrzeiten in Kauf nehmen müssten. Möglicherweise würde in diesem urbanen Verdichtungsraum auch die von der Studie propagierte Bündelung von medizinischem Personal und Gerät funktionieren, die dann zu einer höheren Versorgungsqualität in den verbleibenden Häusern beitragen würde.

Es ist aber definitiv kein Modell für einen Flächenstaat wie den Freistaat Bayern. Die Pandemie hat eindrücklich belegt, dass die Menschen in der stationären Versorgung nicht nur nahe Anlaufstellen wollen, sondern auch brauchen. Nicht umsonst hat die Staatsregierung in der ersten Hochphase der Pandemie die Errichtung einiger Hilfskrankenhäuser genehmigt, etwa, wie in Dachau, durch die Umwidmung von Hotels, die in dieser Zeit ohnehin nicht betrieben werden konnten, um die zu erwartende hohe Anzahl an Schwerkranken adäquat versorgen zu können. Bayern ist mit seinen rund 400 Krankenhäusern kommunaler, freigemeinnütziger, privater und staatlicher Träger gut aufgestellt. In einem Flächenstaat jedenfalls wird pflegerisches oder medizinisches Personal nicht zusätzliche Fahrtwege von zig Kilometern in das

Die derzeitige Pandemie WIDERLEGT die Empfehlung einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2019 zur Reduzierung von Krankenhäusern.

dann nächste Krankenhaus auf sich nehmen, um dort Personallücken zu schließen. Damit führt spätestens COVID-19 als eben doch realistisches Ausnahme-Szenario der Bertelsmann-Stiftung den Beweis, dass ihre Krankenhaus-Studie nicht umsetzungstauglich ist.

Notwendige Verbesserungen bei Material und Personal

In der ersten Welle der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hatte es aufgrund des in der ganzen Welt gestiegenen Bedarfs, der sogar in Akten der Piraterie gipfelte, empfindliche Engpässe bei Material gegeben, das für die Behandlung der COVID-19-Patienten gebraucht wird: bei persönlicher Schutzausstattung wie Schutzmasken, Handschuhen, Schutzkitteln, bei Laborausstattungen und -reagenzien, Desinfektionsmitteln, aber auch bei einigen Medikamenten oder Beatmungsgeräten. Am 25. März 2020 hat der Bayerische Landtag hierauf reagiert und das Bayerische Infektionsschutzgesetz beschlossen, auf dessen Grundlage ein „Gesundheitsnotstand“ festgestellt werden kann und der Staat Befugnisse erhält, Engpässe bei Material und Personal leichter zu überbrücken. Von den Befugnissen dieses Gesetzes, die etwa die Beschlagnahme von Materialien umfassten, musste letztlich bis zu dessen Außerkrafttreten zum 31. Dezember 2020 kein Gebrauch gemacht werden. Die Situation hatte sich durch das zurückgehende Infektionsgeschehen entspannt.

Die ruhigeren Sommermonate des Jahres 2020 nutzte der Freistaat aber konsequent, um für die erwartete zweite Welle und auch für andere Pandemien in der Zukunft vorzusorgen. So hat der Bayerische Ministerrat am 21. Juli 2020 beschlossen, ein neues Pandemiezen-

trallager anzulegen. In ihm sollen medizinische Materialien gelagert werden, die für mindestens drei Monate reichen.¹ Da die Beschaffung für die Bedarfsträger wie etwa Krankenhäuser, Arztpraxen, Pflegeheime oder Rettungsdienste nahezu unmöglich werden kann, wenn Lieferketten in die Produktionsorte dieser Materialien, die vor allem in China liegen, abbrechen, hat sich der Freistaat darüber hinaus Produktionskapazitäten im (europäischen) Inland gesichert, um im Fall des Falles ein rasches Hochfahren der Produktion und so die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Diese Entwicklung markiert zwar nicht das Ende der Globalisierung im Bereich der medizinischen Materialien. Die Globalisierung wird damit aber unter Patientenschutz- und Sicherheitsaspekten relativiert, die heimischen Standorte werden gestärkt. Auch dies ist ein

Der Freistaat Bayern hat die zukünftige Versorgung mit dem nötigen medizinischen Material über die Sommermonate SICHERGESTELLT.

bemerkenswerter Trend, den die Corona-Pandemie ausgelöst hat; ein Trend, der sich noch auf lebenswichtige Medikamente wie etwa Narkosemittel oder Antibiotika ausdehnen muss. Seit 2016 werden in Deutschland weder Antibiotika noch deren Wirkstoffe mehr hergestellt. Auch dies wird sich ändern müssen. Für diesen Weg hatte der Bayerische Landtag bereits lange vor der Pan-

demie plädiert. Corona hat hier nun ein Ausrufezeichen gesetzt.

Das große Ziel ist es, unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen und alle Betroffenen optimal zu versorgen. Zu einem Engpass kann sich die Zahl der Intensivbetten entwickeln. Auch hier war unser bayerisches Gesundheitssystem im Herbst 2020 besser gerüstet als noch im Frühjahr 2020. Anfang November 2020 standen in Bayern rund 4.800 Intensivbetten zur Verfügung, davon 3.200 mit der Möglichkeit zur invasiven Beatmung und 1.600 weitere Intensivbetten. Im Bedarfsfall können die Krankenhäuser in Bayern kurzfristig etwa 1.400 zusätzliche Intensivbetten in Betrieb nehmen, davon etwa 1.100 mit invasiver Beatmungsmöglichkeit. Gegenüber dem bisherigen Höhepunkt der Pandemie Mitte April 2020, als ca. 770 Patienten in bayerischen Krankenhäusern invasiv beatmet werden mussten, ist dies noch einmal ein deutlicher Aufwuchs.

Schutzmaterialien und Intensivbetten allein nützen aber nichts, sie brauchen Menschen, die sie anwenden und betreiben. Wir brauchen Personal, das sich um die Kranken und Infizierten sorgt. Der Mangel an Fachkräften im pflegerischen, aber auch insgesamt im medizinischen Bereich steht schon seit längerem ganz oben auf der Liste der drängenden Herausforderungen der Zukunft. Nun wird dies schmerzlich sichtbar und spürbar.

Hier tut die – gerade zu Beginn der Pandemie – aus der Gesellschaft heraus deutlich hörbar geäußerte öffentliche Wertschätzung sehr gut. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen, die Heilmittelerbringer und die Hebammen leisten Großartiges, auch und gerade während der Corona-Pande-

mie. Die materielle Wertschätzung durch die vom Freistaat gezahlten Boni sollte aber verstetigt werden und sich in der Bezahlung der Akteure im Gesundheitswesen niederschlagen. Hier sind nun die Tarifvertragsparteien gefordert. Die Frage der Wertschätzung geht aber über die Bezahlung hinaus. Insgesamt geht es um die Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege: etwa um eine gute und gut begleitete Ausbildung, um die Entlastung von Bürokratie, um eine starke Interessensvertretung durch die neue Körperschaft der „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“, ein verbessertes Betriebliches Gesundheitsmanagement im Sinne einer „Pflege der Pflegenden“ oder darum, den Stellenwert und die Kompetenzen der Pflege insgesamt weiter und dauerhaft zu erhöhen.

Im Fall einer Pandemie brauchen wir zusätzliches Pflegepersonal. Es besteht daher die Notwendigkeit, erhebliche personelle Reservekapazitäten bereits im Nicht-Pandemiefall aufzubauen. Nach

Wir brauchen zukünftig mehr PFLEGEPERSONAL und dieses verdient eine dauerhafte Wertschätzung und Anerkennung.

dem Muster des Pflegepools, der zu Beginn der Corona-Pandemie von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern gut gemanagt wurde, muss eine entsprechende Organisation für die Pflege neu aufgestellt oder in bestehende Krisenstrukturen eingebunden werden. Gerade

der Aus- und Weiterbildung der Kräfte, die sich für diese Pflegereserve zur Verfügung stellen, muss jetzt und künftig ein zentrales Augenmerk gelten.

Mögliche Impfungen und eine bayerische Therapiestrategie

Die Pandemie ist nicht nur die Stunde der Exekutive, sondern auch der forschenden Arzneimittelhersteller. Mit Nachdruck wird an einem potenten Medikament geforscht. Erfolgversprechende Ansätze gibt es hier auch aus Bayern heraus. Bei den Therapieansätzen bilden allerdings die hohen Kosten für die Erprobung neuartiger Medikamente eine hohe Hürde. Die Gesundheitspolitiker der CSU-Landtagsfraktion wollen mit-helfen, hier, möglichst im Rahmen einer bayerischen Therapiestrategie, so schnell wie möglich Wege zu finden.²

Zukünftige Betätigungsfelder: die Post-Corona-Rehabilitation

Vom Corona-Virus geht eine Gefahr aus, die wir noch gar nicht richtig einschätzen können. Wir wissen, dass er nicht nur die Lunge, sondern auch viele andere Organe befällt, etwa die Nieren oder den Herzmuskel, dass er neurologische Ausfälle verursacht und das Chronische Fatigue-Syndrom auslösen kann. Genaues wissen wir hier aber ebenso wenig wie über die Langzeitfolgen und Spätschäden einer Infektion. Für viele Betroffene, auch jüngere, ist dies psychisch sehr belastend. Wir wollen diesen Kreis mit einer eigens konzipierten Post-Corona-Rehabilitation gut auffangen. Wie wir am 20. Oktober 2020 im Gesundheitsausschuss des Landtags festgestellt haben, ist Bayern für diese Aufgabe hervorragend präpariert. Als Reha-Land Nummer 1 in Deutschland, mit rund 260 Einrichtungen und 50

Kur- und Heilbädern, als Land von Sebastian Kneipp mit sanften Heilmethoden und ortsgebundenen Heilmitteln. Das sind Pfunde, mit denen gewuchert werden kann, auch und gerade in Zeiten von Corona.

Gesundheits- und Pflege-wirtschaft als Leitökonomie des 21. Jahrhunderts

Insgesamt zeigt auch die COVID-19-Pandemie: Die Gesundheits- und Pflege-wirtschaft hat die Voraussetzungen, zur Leitökonomie des 21. Jahrhunderts zu werden. Jeder sechste Arbeitsplatz hängt bereits von der Gesundheits- und Pflege-wirtschaft ab, mehr als von der Automobilindustrie. Digitalisierung, demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt werden hier ebenso zu einem weiteren Aufschwung führen wie ein verstärktes Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung. Der Bayerische Landtag hat schon am 11. Februar 2020 einen Beschluss gefasst, der rückschauend fast visionär wirkt: Wir wollen eine Initiative „Beste Gesundheit und Pflege für Bayern“ starten und die Akteure vernetzen, auch über die Grenzen der Bundesländer hinweg.

Corona als Stresstest für unsere Gesellschaft

Ohne festen Zusammenhalt wird unsere Gesellschaft die große gesundheitliche Herausforderung durch das Corona-Virus nicht bestehen. Rücksicht auf andere und Solidarität mit den durch das Virus besonders Gefährdeten sind aktuell gefragt. Sich an die A-H-A-L-Regeln zu halten, liegt in der Verantwortung eines jeden Einzelnen. Gerade die Maske ist hier ein Zeichen von gelebtem Altruismus, weil die meisten Masken nicht

die Träger, sondern nur andere schützen. Fakt ist: Mit dem Virus kann man keine Pakte schließen. Es lässt keinen Raum für Zögerlichkeit oder für Perfektion. Wir müssen handeln, und wir müssen einmütig handeln. Es ist wie bei einem Fußballspiel, bei dem das Virus der Gegner ist. Wenn wir uns als Team nicht einig sind, über die Taktik streiten oder der ein oder andere gar nicht mitmachen möchte, dann hat das Virus leichtes Spiel. Deshalb ist eine große Gemeinschaftsleistung nötig.

Nur als Gesellschaft und GEMEINSAM können wir das Virus besiegen.

Die Mehrheit steht hinter den beschlossenen Maßnahmen

Das SARS-CoV-2-Virus ist eine Belastungsprobe für unsere Gesellschaft. Manche zweifeln an den getroffenen Maßnahmen oder lehnen sie gar ab. Eine Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 23. Oktober 2020 hat ergeben, dass nur 14% der Befragten die Corona-Maßnahmen für übertrieben halten. Für 54% sind sie genau richtig, 30% der Befragten wollen sogar noch strengere Maßnahmen. Die Gruppe der Befürworter eines Laissez-faire ist demnach zwar deutlich in der Minderheit, verschafft sich aber dennoch medial Gehör. Zudem stellen wir fest, dass die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien und Fake News steigt. Selbst noch so abstruse Theorien werden von einigen geglaubt.

Schutz vulnerabler Gruppen

Die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sind durch das SARS-CoV-2-Virus in besonderer Weise gefährdet. Sie zu schützen, genießt deshalb oberste Priorität. In der Anfangsphase der Pandemie ist dies gelungen, indem Besuche in den Heimen komplett untersagt wurden. Dies war für die Betroffenen psychisch überaus belastend und für eine von Empathie und Fürsorge geprägte Gesellschaft wie die unsrige ist dies ein echtes Dilemma.

Neuerliche Besuchsverbote in Alten- und Pflegeheimen sollten unbedingt vermieden werden: durch erhöhte Aufmerksamkeit und Vorsicht, durch häufige und umfassende Tests, aber auch durch ambitionierte Konzepte wie etwa die Einbeziehung der Heimbewohner in Impfungen und durch die Gabe von wirksamen Medikamenten, sobald es sie gibt.³

Zusammenhalt und Rücksichtnahme

Ziel der Politik ist es, Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Land so gut wie möglich zu schützen. Hier zu „Widerstand“ aufzurufen, wie etwa auf der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen Ende August 2020 in Berlin geschehen, ist Egoismus pur. Denn diese Demonstranten stellen ihre Persönlichkeitsrechte über die Grundrechte Leben und Gesundheit ihrer Mitbürger. Dafür kann niemand Verständnis haben. So wird die Gesundheitsfrage der Corona-Pandemie zu einer Probe für unsere gesamte Gesellschaft. Angesagt sind Zusammenhalt, gegenseitige Rücksichtnahme sowie Solidarität mit den besonders gefährdeten Gruppen. Denn Gesundheit ist nicht alles – aber ohne Gesundheit ist alles nichts! ///

Die Corona-Pandemie ist eine **PROBE** für die Gesellschaft.



/// **BERNHARD SEIDENATH, MDL**

ist Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag, des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Landtagsfraktion sowie des Gesundheits- und Pflegepolitischen Arbeitskreises (GPA) der CSU, München.

Anmerkungen

¹ Das Bayerische Pandemiezentallager enthält Schutzausrüstung mit einem Lagerwert von rund 300 Mio. Euro: 42,6 Mio. OP-Masken, 12,6 Mio. Pflegekittel / OP-Kittel, 10 Mio. FFP2-Masken und 2,1 Mio. FFP3-Atmenschutzmasken als partikelfiltrierende Halbmasken, 3,6 Mio. Schutzanzüge verschiedener Schutzstufen, 190 Mio. Infektionshandschuhe und rd. 750.000 Augenschutzbrillen. Der strategische Grundstock enthält zudem Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte, ebenso CT-Geräte und Blutgas-Analysegeräte.

² Der Bayerische Ministerrat hat im Dezember 2020 beschlossen, 50 Mio. € bereitzustellen.

³ Deutschlandweit wurde am 27. Dezember 2020 mit dem BioNTech-Pfizer-Vakzin mit Impfungen gegen COVID-19 begonnen.

/// Die Arbeitswelt nach Corona

HOME OFFICE FÜR ALLE?

JOSEPHINE HOFMANN /// Die letzten Monate haben viel von unserem Bild auf die tägliche Arbeitswelt verändert. „Distanz“ wird neben Hygienemaßnahmen u. a. noch lange Zeit ein wesentliches Ziel unserer Arbeitsorganisation sein, da die Pandemie uns noch weiter begleiten wird. Und es gibt durchaus auch Überlegungen, diese ursprünglich unfreiwillige Lernerfahrung auch dazu zu nutzen, im größeren Stil über orts- und zeitflexiblere Arbeitsformen, z. B. virtueller Art, nachzudenken.

Unser Institut für Unternehmensentwicklung und Arbeitsgestaltung am Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) beschäftigt sich intensiv mit der Gestaltung von Arbeitswelten. Daher war es für uns besonders spannend zu untersuchen, wie sich die coronabedingten massiven Umstellungen tatsächlich in deutschen Unternehmen gezeigt haben.

Die Corona-Pandemie in der Arbeitswelt

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Berichterstattungen zum Thema Home Office erscheinen, denn wir erleben einen

Experimentierraum ungeahnten Ausmaßes, was die Umsetzung virtueller Arbeitsformen angeht. Egal, ob Home Office oder virtuelle Konferenzen – in Zeiten der Pandemie sind virtuelle Arbeitsformen ein hochwillkommener

Virtuelle Arbeitsformen haben coronabedingt einen enormen **SCHUB erfahren.**



Durch die Corona-Pandemie hat das Arbeiten im Home Office stark zugenommen. Nicht immer aber sind hier dafür auch optimale Bedingungen vorhanden oder möglich.

Ausweg, wenn es gilt, die Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten und Termine mit Kunden und externen Partnern zu ermöglichen. Sehr viele Unternehmen haben in Rekordzeit teilweise Dinge realisiert, die bisher lange Jahre oder Monate nicht möglich schienen. Sie sind damit organisatorisch wie technologisch große Schritte gegangen und haben viele Innovationen auf der Arbeitsebene ausgelöst.

Aber wir haben natürlich auch gemerkt, dass nicht alles funktioniert: Technische, organisatorische, prozessseitige oder auch juristische Limitationen sind vorhanden. Sei es, dass die Endgeräte fehlen, Software nicht remote nutzbar ist, noch sehr viel Papier unseren Büroalltag bestimmt oder, dass wir häufig wenig Übung darin haben, über

Distanz zusammenzuarbeiten, zu delegieren und zu führen. Und natürlich hat auch die häusliche Situation im Home Office, die nicht selten mit Home Schooling kombiniert werden musste, ihr Übriges getan. Doch ein Gefühl und eine gemeinsame Erkenntnis überwiegen: Es geht viel mehr als gedacht, da man einfach muss. Und das mit Stolz erlebte Gefühl, dass alle gemeinsam auch ungewöhnliche Wege wagen und in wechselseitiger Verantwortung Großartiges leisten. Das ist bei allem Negativen auch eine sehr positive Erfahrung.

Von der Ausnahmesituation in die Alltäglichkeit

Im Bereich der Arbeitswelt hat die Arbeit „auf Distanz“ zu einer bis Mitte

März 2020 nicht für vorstellbar gehaltenen Veränderung geführt. Dort, wo Tätigkeiten und Digitalisierungsgrad es ermöglicht haben, wird Home Office in einem Umfang praktiziert, der kaum machbar schien. Besprechungen via Teams, Webex, Zoom oder anderen Plattformen reihen sich für viele von uns jeden Tag aneinander. Auch Geschäftsreisen werden deutlich häufiger virtuell absolviert. Wir haben eigene Routinen und Rituale entwickelt, um die vollgepackten Arbeitstage zu strukturieren. Und je länger das Ganze nun andauert und je klarer es wird, dass Distanz noch eine ganze Weile zu den Kernelementen unserer Arbeitsgestaltung wird, desto mehr Zeit bekommen wir auch, uns jenseits kurzfristiger Bewältigungsstrategien damit zu beschäftigen, ob und wie sich das Arbeitsleben als solches dauerhafter verändern könnte. Wir erleben Turbobeschleunigung, dichte Arbeitstage, Erschöpfung, aber auch viel Kreativität in der Gestaltung unseres beruflichen Alltags und die gemeinsam gemachte Erfahrung, dass in solch einer außergewöhnlichen Situation im Zusammenwirken aller sehr viel bewältigt werden kann.

Die Aussagen zur erwartbaren Entwicklung sind so vielfältig wie die Verfasser der jeweilig mehr euphorischen oder nüchternen Publikationen und Meinungen, und sie umfassen persönliche, kommunikationsbezogene bis hin zu arbeitsmarktbezogene Folgewirkungen. Eines aber erscheint sicher: Die „Neue Normalität“, der Begriff, mit der die Zeit nach Corona beschrieben wird, wird in einem deutlich höheren Maß von einem Nebeneinander über Distanz erbrachter und im Büro stattfindender Arbeitsformen gekennzeichnet sein. Das Stichwort hierzu ist „Hy-

bride Arbeitswelt“, also eine Arbeitswelt, die Arbeiten in der Firma deutlich selbstverständlicher mit Arbeiten von verschiedenen Orten aus kombinieren wird.

Zu Ende gedacht, kommen damit bisher als unverrückbar geltende Eckpfeiler der Arbeitsgestaltung in Bewegung. War es doch bisher, von stark vertriebslich ausgerichteten Beschäftigungsgruppen oder einzelnen, bereits hochgradig digital arbeitenden Vorreiterunternehmen einmal abgesehen, eben doch immer noch der Normalfall, dass man „zur Arbeit“ fährt, in der Mehrheit in firmenspezifische Büros bzw. Produktionsstätten. Lebens- und

Bis zum Lockdown gab es überwiegend die Arbeitsform **VOR ORT.**

Arbeitswelt waren im Grundsatz getrennt, wenn auch die letzten Jahre bereits eine deutliche Zunahme orts- und zeitflexibler Arbeitsformen und darauf aufbauender alternativer Bürowirtschaftungskonzepte wie z. B. Shared Desks, also von mehreren Personen geteilte bzw. genutzte Arbeitsplätze, mit sich gebracht haben. Doch wir wissen – auch bei schwierig vorzunehmenden Schätzungen aufgrund unterschiedlichster Definitionsansätze, – dass dies immer noch eine Minderheit von Beschäftigten und einen kleineren Teil der Arbeitszeit bzw. -menge der jeweiligen Personen umfasst hat. Bis zum Lockdown.

Corona – ein Game Changer der Arbeitswelt

Das Fraunhofer IAO hat sich gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP) darangemacht, verantwortliche Personen in Unternehmen nach ihrer Einschätzung zu fragen.¹ Wir wollten wissen, welche Veränderungen durch die Corona-Krise eingetreten sind. Neben der Bestandsaufnahme, was tatsächlich passiert ist, wollten wir vor allem für die Zukunft wissen, wie diese ausgestaltet werden kann und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind. Hierfür haben wir Personalverantwortliche aus knapp 500 Unternehmen in ganz Deutschland befragt. Knapp die Hälfte dieser Unternehmen hat mehr als 1.000 Beschäftigte. Im Folgenden geben die Kerndaten der Ergebnisse einen Blick darauf, wie unsere Arbeitswelt in der Zukunft aussehen wird.

Ausmaß und Geschwindigkeit der Umsetzung von Arbeit auf Distanz waren und sind unerwartet groß

Annähernd 70% der Befragten gaben an, dass ihre Büroarbeitenden in der Corona-Phase annähernd komplett bzw. größtenteils im Home Office arbeiten, bei gut 21% wird das Modell einer 50:50-Aufteilung gewählt. Dabei wird ganz überwiegend von einer dezentralen Absprache und Organisation der Belegung der Büroarbeitsplätze Gebrauch gemacht, also auf Abteilungsebene oder in bilateraler Absprache mit den Führungskräften entschieden, wer zu welchem Zeitpunkt wo arbeitet.

Diese Zahlen sind umso beeindruckender, wenn man das realisierte Ausmaß mit der geübten Praxis vor der Krise vergleicht. Bei knapp 56% der Befragten gab es vor der Corona-Krise

keine oder wenige Mitarbeitende, die vom Home Office Gebrauch machen konnten, bei lediglich 15 bzw. 17% der Befragten waren es die meisten oder alle Mitarbeitenden. Zudem war der Grad der Inanspruchnahme im Großteil bei einem Tag Home Office in der Woche oder weniger angesiedelt. Festgehalten werden kann, dass in den Wochen der Corona-Krise Veränderungen stattgefunden haben, die vorher auch über viele Jahre hinweg nicht realisierbar schienen. Deutschland in der Corona-Krise manifestiert sich damit als ein großräumig angelegter Experimentierraum.

Die IT-technische Grundausrüstung ist auf mobiles Arbeiten ausgerichtet – für dauerhafte Arbeit daheim ist das nicht ausreichend

Für eine Zusammenarbeit über Distanz benötigen wir zuallererst mobile Endgeräte, die Möglichkeit der Sprach- bzw. Videoverbindung und bestmöglich die Unterstützung z. B. von Videokonferenzen. Alle drei genannten Komponenten waren bei den befragten Unternehmen schon weit verbreitet und erklären damit die kurzfristige Machbarkeit des großen Umfangs an Arbeit über Distanz. Besonders gut war und ist auch die Ausstattung bei Softwareumgebungen rund um die Kommunikation. E-Mail oder auch die Nutzungsmöglichkeiten von Anwendungen wie z. B. rechnerge-

Die technische GRUNDAUSSTATTUNG für mobiles Arbeiten war oftmals schon vorhanden.

stützter Reisekostenabrechnung lag vor Corona bereits bei rund 85%.

Allerdings zeigten sich auch die Folgen der Corona-spezifischen Extremsituation. Ausstattungskomponenten des ergonomisch gut gestalteten, heimischen Arbeitsplatzes wie ein höhenverstellbarer Schreibtischstuhl oder ein Schreibtisch oder ein zweiter, zumeist größerer Bildschirm hatten bisher nicht zur Standardausrüstung gehört und wurden jetzt nach Bedarf beigesteuert, oder sie fehlen, werden aber als wichtig herausgestellt.

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass die Dauer und die Regelmäßigkeit der Nutzung von Arbeitsformen von daheim aus den Bedarf vergrößern und daher im Augenblick besonders stark ins Gewicht fallen. Je nach Ausgestaltung des „New Normal“ wäre dieses Thema aus arbeitsmedizinischer, aber eben auch aus kostenseitiger Perspektive wichtig. Wenn der Anteil an Arbeit von daheim aus auch im „New Normal“ stark bleiben wird, was zu erwarten ist, müsste sowohl die Ausstattung als auch die Frage, wer diese bezahlt, neu geklärt werden.

Digitalisierungsbeschleuniger Corona

Wirklich beeindruckend ist das Ausmaß, in dem bisher kaum praktizierte Formen des Lernens, von Personalprozessen und Kundenbeziehungen über Distanz abgewickelt werden. Dabei wird auch ganz explizit die Grenze zur Unternehmensumwelt nach außen miteingeschlossen. Dazu gehören Bewerber- und Einstellungsgespräche, die aufgrund der Corona-Krise erstmalig virtuell abgewickelt werden (57%), die Durchführung von Mitarbeitendengesprächen (62%), etc. Einige dieser Arbeits- und Kooperationsformen auf Distanz wurden wohl

auch sehr kurzfristig in Ermangelung irgendwelcher Alternativen realisiert und möglicherweise ist es auch genau diese Alternativlosigkeit, die dazu ermutigt hat und eine große Kreativität bei gleichzeitig hoher Toleranz auch gegenüber einem Scheitern hervorgebracht hat.

Die Zukunft: Vom „Normalfall Büro“ hin zu einer hybriden, flexiblen und nachhaltigen Arbeitswelt

Die umfangreichen Erfahrungen der letzten Wochen haben bei knapp der Hälfte der Befragten bereits zu dem Entschluss geführt, das Angebot an Home Office auszuweiten (43%), in etwa der gleiche Anteil der Befragten befindet sich hier noch in einer Abwägungsphase. Selbst bei einer konservativen Schätzung dürften damit bei deutlich mehr als der Hälfte der Unternehmen eine Ausweitung virtueller Arbeitsformen die Folge sein. Weniger als 1% will die Möglichkeiten verringern.

Home Office wird in Zukunft weiter ZUNEHMEN.

Diese Absichtserklärungen werden stark gestützt durch die Einschätzung der konkreten Lernerfahrungen aufgrund der Corona-Krise. Überwältigende 56% („stimme voll und ganz zu“) bzw. 33% („stimme eher zu“) kommen zu der Einschätzung, dass Home Office in größerem Umfang realisiert werden kann, ohne dass hieraus Nachteile entstehen. Die annähernd gleichen Prozent-

zahlen ergeben sich bei der Frage, inwieweit auch Dienst- bzw. Geschäftsreisen in Zukunft virtuell, z. B. über Videokonferenzen abgewickelt werden können.

Ein für Architekten, Gebäudeverwalter oder Projektentwickler ebenfalls sehr interessanter Wert dürfte die Antwort auf die Frage sein, wieviel Bürofläche man in Zukunft überhaupt brauchen wird. Ergibt sich hier ev. sogar eine veränderte Situation auf dem Markt der Gewerbeimmobilien? Zumindest findet man in der Tagespresse darauf bereits etliche Hinweise.² Damit könnte sich auch für die nachhaltige Gebäudebewirtschaftung eine neue Chance ergeben.

Führungskräfte mussten viel dazulernen

Führungskräfte haben bei der Einführung neuer Arbeitsformen eine Schlüsselfunktion - und sie gelten nicht selten als Personengruppe, die Home Office bzw. mobilem Arbeiten besonders kritisch gegenüberstehen. Unsere Studie zeigt hierzu sehr ermutigende Einschätzungen, die dieses Bild in Zukunft verändern werden. Auffallend ist der hohe Zustimmungswert zu der Aussage, dass Führungskräfte durch die Erfahrungen der letzten Wochen ihre Vorbehalte gegen Arbeit auf Distanz deutlich abgebaut haben. 47% stimmen hier „voll und ganz zu“, weitere 17% bejahen dies zumindest für kleinere Fallzahlen. Arbeiten in der Corona-Epidemie hat also ein Stück weit wie ein großes Trainingslager der Führungskräfteentwicklung „on the job“ gewirkt.

Was allerdings stark ins Auge fällt, ist der große Anteil an Befragten, der bestätigt, dass ein definitives Schulungsdefizit in Bezug auf Führung auf Distanz besteht. Mit 40% ist dies „häufig der Fall“, mit 31% „selten“. Die gute Nach-

richt dabei ist: Diese Schulungs- und Weiterentwicklungsansätze können entwickelt und umgesetzt werden, vorausgesetzt, die Grundhaltung stimmt. Und hierfür wurden nun erhebliche Fortschritte erreicht.

Produktivitäts- und Gesundheitswirkungen: Eine gemischte Bilanz

Kann man bei der Arbeit über Distanz wirklich produktiv sein, und welche gesundheitlichen Auswirkungen auf die Mitarbeitenden lassen sich erkennen? Auch diese Frage muss wieder vor den spezifischen Rahmenbedingungen der Arbeit in der Corona-Epidemie bewertet werden. Ja, es gibt Produktivitätsbeeinträchtigungen, die aber selten sind. Nur bei 14% der Befragten war das häufig der Fall, bei 32% selten. Das entspricht auch weitgehend den Eindrücken, die wir bei der direkten Arbeit mit Unternehmen gewonnen haben.

Die PRODUKTIVITÄT im Home Office leidet eher selten.

Zudem führt die manchmal unzureichende Ausstattung der Heimarbeitsplätze zu gesundheitlichen Auswirkungen. Beschäftigte klagen z. B. aufgrund fehlender ergonomisch gerechter Büromöbel über Rückenschmerzen: 10% sagen, dass dies „häufig der Fall“ ist, 30%, dass es selten vorkommt. Interessanterweise geben hier aber auch 5% der Befragten an, dass das Gegenteil der Fall sei. Zudem bestätigen 8% unserer Befra-

gungspartner, dass es häufig der Fall sei, dass die Mitarbeitenden selbst aufgrund von z. B. zu kleiner Bildschirme über eine eingeschränkte Produktivität klagen.

Der größte Nachholbedarf lässt sich nicht durch einfache Anschaffungen befriedigen

Wo besteht noch klarer Aufholbedarf? Wirklich aufschlussreich sind die Angaben der Befragten dazu, was aus ihrer Sicht wichtig ist, um großflächig und erfolgreich Arbeit auf Distanz zu realisieren und noch fehlt. Hier zeigt sich eine Reihe von sehr wesentlichen Handlungsbereichen, die sich stark auf die größeren, längerfristigen Veränderungen durch die Arbeit auf Distanz konzentrieren. Sie umfassen die Themenbereiche der Prävention negativer gesundheitlicher Folgewirkungen, insbesondere der Entgrenzung von Berufs- und Privatleben, also dem Zusammenfließen von Arbeit und Freizeit durch weggefallene räumliche Grenzen, den weiten Bereich der Führung über Distanz, notwendige Kompetenzen im Bereich der Mediennutzung sowie Ansätze, die informellen Strukturen und die Kommunikation zwischen den Menschen zu stützen. Also kompetenzzeitige, kulturbezogene, gesundheitsbezogene Thematiken, die einen längeren Entwicklungsprozess und teilweise auch dedizierte Strukturen voraussetzen. Diese Themen sind wichtige Handlungsbereiche für alle Unternehmen, die planen, die Arbeit auf Distanz auszuweiten. Und das sind einige, wie wir sehen.

Was wird bleiben?

Wir haben in den vergangenen Monaten sehr viel gelernt. Was bleibt uns? Die Erfahrung, dass Arbeit und Kooperation auf Distanz auch in sehr großem Um-

fang gut und leistungsfähig funktionieren kann – trotz mehr als 100 Jahren andersartiger Sozialisation in einer Arbeitswelt, in der man „zur Arbeit“ gefahren ist. Und das in einem landesübergreifenden Experimentierraum, der ungeahnte Kräfte mobilisiert hat. Hierzu gehört auch die Erfahrung, in einer Extremsituation neue Leistungsprozesse, virtuelle Kundenschnittstellen und hierauf basierende Geschäftsmodelle entwickeln zu können, ohne den sonst gerade in unserem Land typischen Perfektionismus. Und nicht zuletzt auch die Erkenntnis, dass die Entgrenzung von Arbeit sehr sorgsam gestaltet werden muss.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass mobiles Arbeiten durchaus FUNKTIONIEREN kann.

Für besonders wichtig schätze ich auch das umfängliche Potenzial zur Gestaltung nachhaltigerer Arbeitsorganisation und einer ressourcenschonenderen Umsetzung geschäftsbezogener Kommunikation und Kooperation ein. Denn wir können davon ausgehen, dass künftig Planungen von Pendelverkehr und Geschäfts- bzw. Dienstreisen virtuelle Abwicklungsformen in viel größerer Selbstverständlichkeit einbeziehen werden. Eine kürzlich im Auftrag von Greenpeace vorgelegte Studie des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) hat hierfür mehrere Szenarien entwickelt und die Einsparung von Emissionen beziffert.³ ///



/// DR. JOSEPHINE HOFMANN

leitet das Team Zusammenarbeit und Führung im Forschungsbereich Unternehmensentwicklung und Arbeitsgestaltung am Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), Stuttgart.

Anmerkungen

¹ Hofmann, Josephine / Piele, Christian / Piele, Alexander: Arbeiten in der Corona-Pandemie – Auf dem Weg zum New Normal, Stuttgart 2020.

² Vgl. z. B. Janovics, Inga: Wie sich Firmen auf das Ende des Homeoffice vorbereiten, in: FAZ, 20.5.2020, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/corona-in-rhein-main-unternehmen-vor-ende-des-home-office-16777423.html>, Stand: 14.6.2020.

³ Büttner, Lisa / Breitreuz, Anna: Arbeiten nach Corona Warum Homeoffice gut fürs Klima ist, Studie im Auftrag von Greenpeace, IZT-Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH, Berlin 2020.

/// Politische Entfremdung in Zeiten von Corona

LASST UNS REDEN

JULIAN HAJDUK / NATASCHA ZOWISLO-GRÜNEWALD /// Gesellschaftsrelevante Themen sind für alle möglichen Empfindungen prinzipiell offen. Die derzeitige, auch medial geführte Debatte um Corona scheint aber die Grenzen des Sagbaren gerade zu verschieben und Fronten zu verhärten, so dass es für die Politik geraten scheint, bisherige Kommunikationsstrategien zu überdenken. Wie sind die genauen Wirkzusammenhänge aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive und welche Lösungsmöglichkeiten gibt es?

Je länger die Kontaktbeschränkungen und Distanzgebote in der Corona-Krise dauern, desto offener regt sich Widerstand. Dies hat vier Gründe: Zum einen sind auch hierzulande die sogenannten Alternativlösungen wie der schwedische Sonderweg bekannt, die über die Medien vermittelt werden. Zweitens zeichnet der von Bundesland zu Bundesland sowie vom ersten zum zweiten Lockdown stark unterschiedliche Umgang mit der Krise ein Bild der Unsicherheit. Drittens stammen (fast) alle offiziellen Alternativlösungen aus glaubwürdigen Quellen von anerkannten Experten, so dass sie für den einzelnen Rezipienten leicht nachvollziehbar

und glaubhaft werden. Und viertes machen es die Sozialen Medien auch Laien leicht, ihre Meinung zu Corona, bis hin zu Verschwörungstheorien, zu verbreiten – mit einem Mausklick um die ganze Welt.

Zunehmende Dauer, Intensität und Auswirkungen der Corona-Krise lassen **WIDERSTAND** und Skepsis anwachsen.



Mit andauerndem und zunehmendem Verlauf der Corona-Pandemie wächst auch der Widerstand gesellschaftlicher Gruppen an und die Fronten verhärten sich.

Diese vier Faktoren ergänzen sich zu einer emotionalen Gemengelage, welche erstaunliche Parallelen zur Flüchtlingskrise von 2015 aufweist. Betrachtet man beide Geschehnisse theoretisch und wertneutral, so haben sie gemeinsam, dass ein unvorhersehbares Ereignis mittel- wie langfristig umwälzende Folgen für die betroffene Gesellschaft nach sich zieht. Wie unvorhersehbar das Ereignis tatsächlich war, spielt dabei weniger eine Rolle als seine gefühlte Unvorhersehbarkeit.

Außerdem bestanden und bestehen zu beiden Geschehen extrem polarisierende Meinungen und Ansichten. Es ist ein Für und Wider, das sich bei Themen

derartiger Tragweite und Relevanz nicht verhindern lässt. Wenn die circa 80 Millionen Bundesbürger umfassende politische Öffentlichkeit etwas aushandelt, geht es genau darum, diese Debatte auszuhalten. Dafür ist unser demokratisches und meinungsoffenes System schließlich geschaffen.

Die Macht der Empfindungen oder keine Wahl

Sehen wir uns aber an dieser Stelle einmal genauer an, worauf unsere Debatte abseits des Systems begründet ist, was also die menschliche Komponente dahinter ist und ausmacht. Unser Gedächtnis funktioniert durch Vorprä-

gungen, welche Schubladen gleichen und deren Funktion darin besteht, Handlungsfähigkeit gegenüber etwas vollkommen Neuem wie z.B. dem Schock der Corona-Krise aufrechtzuerhalten. Diese Schemata genannten Vorprägungen funktionieren nach dem Ähnlichkeitsprinzip und führen salopp formuliert dazu, dass wir auch vor einem Tiger davonlaufen, selbst, wenn wir es bisher nur mit Löwen zu tun hatten - oder dass wir an die Existenz des Corona-Virus glauben, ohne je selbst daran erkrankt zu sein. Ein menschliches Gehirn ist also in der Lage, das „Raubtierhafte“ beziehungsweise „Krankhafte“ sowie die Gefahr, die davon ausgeht, abstrakt beziehungsweise anhand von (wenigen) Ähnlichkeitsmerkmalen zu erkennen.

Problematisch wird dieses Schubladendenken unseres Gedächtnisses erst, wenn die Merkmale zwar auf Ähnlichkeiten hindeuten, diese aber gar keine Rückschlüsse zulassen oder zu falschen Rückschlüssen führen. Ein Mensch, der das Corona-Virus in die Schublade harmlose Grippe steckt, weil er niemanden kennt, der je schwer daran erkrankt ist, oder weil er Expertenmeinungen vertraut, die genau dies behaupten, ist vergleichbar mit einem Menschen, der nicht vor einem Tiger davonlaufen würde, weil er nur Löwen kennt. Das kann man im negativen Sinne leichtsinnig oder im positiven Sinne skeptisch nennen. Diese Funktionsweise unseres Gehirns lässt sich nun zwar beeinflussen, aber nicht grundlegend umgehen oder aushebeln. Unsere Schubladen, die also durchaus mit dem Vorurteil gleichzusetzen sind, sind damit sowohl Hilfe als auch Hemmschuh unseres kritisch-rationalen menschlichen Verstandes, aber vor allem sind sie eines, nämlich fundamental.

Neuronaler Input, das heißt, unsere Wahrnehmung, kann nun aber nicht nur eine, sondern eine ganze Reihe unserer geistigen Schubladen öffnen. Dies geschieht immer dann, wenn dieser Input von Natur aus überkomplex ist. Im Falle der Flüchtlingskrise oder der Corona-Pandemie wird so noch verständlicher, warum so viele verschiedene Meinungen existieren. Wir sind von Anfang an überfordert damit, welche Schublade wir denn nun öffnen sollen und werden in unserer Überforderung von außen, z.B. durch Experten oder die Sozialen Medien, auch noch unterstützt.

Unsere SCHEMATISCHE Denkweise kann den kritisch-rationalen Verstand sowohl beeinflussen als auch überfordern.

Um in diesem Wirrwarr noch zurechtzukommen, greift an dieser Stelle ein zweiter Selektionsmechanismus. Unser Gehirn ordnet Dinge nämlich nicht nur aufgrund einer archaischen Veranlagung in Schubladen ein, sondern es erreicht damit auch einen sozialen Zweck: Eingrenzung und Ausgrenzung. Dieses Phänomen wurde von Henri Tajfel als Minimalgruppenschema beschrieben und zeigt die Wichtigkeit von Sicherheit durch die Erlangung von sozialem Prestige. Jedes Individuum entscheidet erst einmal aufgrund seiner Herkunft und Sozialisation, seines Charakters, seiner politischen Einstellung, seiner Erfahrungen und vieler weiterer Faktoren wie z.B.

der Zugehörigkeit zu Social Media-Gruppen, welche Schublade es für das Thema Corona öffnet und verknüpft mit dieser Entscheidung direkt die Vor- bzw. Nachteile einer Gruppenzugehörigkeit, die mit der Entscheidung automatisch einhergeht. Entschließe ich mich, Corona-Leugner zu sein, weiß ich automatisch, dass ich von den Corona-Befürwortern nun nicht mehr viel zu erwarten habe, dass ich auf Gegenwind stoßen werde in Diskussionen, auf Ablehnung und Unverständnis, und dass mich der ein oder andere Nachbar auf der Straße vielleicht nicht mehr grüßen wird. Kurz gesagt, derartige Entscheidungen haben nicht nur etwas mit der Sache an sich zu tun, sondern strahlen auch auf viele andere Lebensbereiche ab.

Der positive Aspekt dieser Gruppenzugehörigkeit besteht darin, dass uns die eigene Gruppe, also unsere Entscheidung für diese, sofortige Vorteile verschafft, hier also unser soziales Prestige erhöht wird. Die ebenfalls zu den Corona-Leugnern gehörende Bäckerin ist z. B. plötzlich noch freundlicher. Oder unser Chef, der auch so denkt, hält einen plötzlich für einen noch fähigeren Mitarbeiter. In den Sozialen Medien lässt sich dies besonders gut beobachten, wenn man z. B. an Likes und Retweets denkt, die in Sachen soziales Prestige wie eine Währung funktionieren.

Durch den Aufschrei gegen die Corona-Maßnahmen der Politik wird also nicht nur Handlungsfähigkeit erhalten („Es ist alles wie immer.“; „Es gibt keinen Tiger, vor dem ich davonlaufen müsste.“), sondern auch soziales Prestige und Zugehörigkeit geschaffen bei jener Gruppe, welche die Dinge genauso sieht wie wir. Darüber hinaus wird durch die Aufnahme in die Gruppe auch ein Reiz-Reaktions-Schema geschaffen, das sich

selbst verstärkt. Die Ablehnung der gegnerischen Gruppe wird immer stärker, unser soziales Prestige dort sinkt immer mehr, weshalb wir uns umso enger an die eigene Gruppe binden, um in der Folge unser soziales Prestige wieder zu erhöhen. Unsere Meinungen und Ansichten werden also ganz automatisch immer radikaler, damit wir uns nicht verlieren. Problematisch im Sinne des sozialen Miteinanders werden die Wirkungen von Schema-Theorie und Minimalgruppenparadigma also deshalb, weil sie einer Abwärtsspirale in die Alternativlosigkeit gleichen: Ich habe keine Wahl, also ist Angriff die beste Verteidigung.

Drittens bekräftigt nun die sogenannte Bestätigungstendenz (Confirmation Bias) in der Praxis die zuvor geschilderten Phänomene. Wie wir experimentell gesichert wissen, sucht und glaubt oder interpretiert jeder Mensch genau jene Informationen, die seine bereits vorhandene Meinung weiter stützen. Handlungsfähigkeit und Gruppendenken bahnen sich also unbewusst stets ihren Weg, sogar auf Kosten rationaler Einwände – ich glaube, was ich glauben will. Das ist ein Vorgang, der in seiner Konsequenz sogar Fake News neu interpretiert und tatsächlich sinnhaft werden lässt. Denn gerade die Diskussionen in den Echo-Kammern der Sozialen Medien wirken hier wie Brandbeschleuniger.

Die BESTÄTIGUNGSTENDENZ verfestigt vorhandene Meinungen und lässt sie noch wirksamer werden.

Fake News und Verschwörungstheorien – wirklich neu?

Genau deshalb lohnt sich an dieser Stelle noch ein genauerer Blick auf die Bestätigungstendenz. Diese ist nämlich kein Kind der Digitalisierung, wie wir fälschlicherweise glauben. Sogenannte Filterblasen sind vielmehr nur ein Resultat von Schema-Theorie und Minimalgruppenparadigma. Blicken wir nämlich in die Vergangenheit, haben auch schon vor Facebook und Co. die Menschen bereits die Tageszeitung gelesen, die sie lesen wollten, die Fernsehsendung gesehen, die sie sehen wollten, und sich mit solchen Menschen über Politik unterhalten beziehungsweise das Gespräch als gewinnbringend empfunden, mit denen sie sich unterhalten wollten. Auch zu Corona und in Zeiten der Digitalisierung wird die Meinungsbildung von genau diesen Mechanismen beeinflusst.

Beschleunigt wurde im Rahmen der Social Media-Kommunikation allerdings das sichtbare Wachstum der eigenen Gruppe. Plötzlich haben all die vielen Menschen, die meiner Meinung zu Corona sind, auch ein Gesicht. Dies gibt der Gruppe eine andere Stärke und Wirkmächtigkeit, als wenn ich nur irgendwie weiß, dass da draußen sicherlich viele Menschen sind, die denken wie ich. Zweitens haben sich auch die Frequenz und thematische Breite der bestätigenden Nachrichten ausgeweitet. Zu jedem Geschehen und seiner Interpretation folgt die alternative Deutung auf den Fuß, und sollte sie nicht existieren, wird sie kurzerhand gefälscht. Ich bin auf keine Zeitung mehr angewiesen, die vielleicht irgendwann einmal einen Artikel druckt, der mich in meiner Meinung bestärkt – eine vertiefte Gruppenzugehörigkeit ist nur ei-

nen Mausclick entfernt. Und dieser Mausclick wird mir durch den Suchalgorithmus, der ja perfekt auf mich zugeschnitten ist, auch noch auf dem Silbertablett serviert.

Ihre schiere Masse und unkontrollierte Verbreitung haben Fake News bis hin zu Deep Fakes also auch innerhalb der Corona-Krise zu immenser Bedeutung verholfen. Geglaubt werden sie dabei aber immer noch, weil sie geglaubt werden wollen. Es gleicht daher einem Kampf gegen Windmühlen, die Gläubigen mit der Wahrheit kurieren zu wollen. Aufklärerischer Geist und der Appell an die kritisch-rationalen (Lern-)

Aufklärung und Appelle sind im Kampf gegen Fake News eher WIRKUNGSLOS.

Fähigkeiten des Menschen können somit nur im Einzelfall zu Erfolgen führen. Aber aufgrund der affektgesteuerten, meist unterbewussten Natur von Schubladendenken und Minimalgruppenparadigma sind Erziehung, Bildung und Medienkompetenz als strategische Mittel gegen Corona-Leugner weitestgehend nutzlos.

Statt Gegensätzen Gemeinsamkeiten suchen

Was kann man also sinnvollerweise tun, um zu verhindern, dass sich die Gesellschaft immer weiter spaltet? Der Ansatz, den Corona-Gegnern vor Augen zu führen, dass sie in Wirklichkeit nur die

falsche Schublade geöffnet haben oder der falschen Gruppe angehören, ist vor dem Hintergrund der natürlichen Selektionsprozesse unseres Gehirns sinnlos. Vielmehr stellt sich die Frage, wie man auf versöhnliche und verbindende Art und Weise damit umgeht, dass sich jemand einer bestimmten Gruppe bereits zugehörig fühlt, eine bestimmte Schublade nun mal geöffnet hat und von beidem nicht abrücken wird, nicht einmal abrücken kann.

Wie könnte dies im konkreten Fall aussehen? Zuallererst sollte man die zuvor genannte Theorie wirken lassen und dadurch zu folgendem Ergebnis kommen: Die aufkeimende politische Unruhe in der Gesellschaft fußt mehrheitlich nicht auf dem Nährboden von Verschwörungstheorien und Meinungen von Sonderlingen. Sie ist vielmehr der ganz natürlichen Gefühlslage besorgter Bürger geschuldet, dass „da etwas nicht stimmt“. Und diese Bürger haben sich nun, wie es auch der Natur der Sache geschuldet ist, zu einer mehr oder minder einheitlichen Gruppe zusammengeschlossen. Allein diese Grundannahme verbietet sodann ein Ausgrenzen oder Abwerten des Gegenübers.

In einem zweiten Schritt geht es nun darum, einen Ausgleich, eine Harmonisierung zu schaffen. Hierzu muss man natürlich erst die Verschiedenheiten definieren, welche ausgeglichen werden sollen. Als Befürworter der Corona-Maßnahmen muss man also erst einmal wissen, worum es Maßnahmen-Befürwortern tatsächlich geht, und zwar wiederum nicht vor einem wertenden Hintergrund, sondern vor jenem der Schubladen- und Gruppenbildung, der in unserer aller Köpfe stattfindet. „Wir sind nicht die Leugner und stehen deshalb für alles, wofür Leugner nicht steht“,

betont ausschließlich einen pauschalen Unterschied, der Gräben tiefer zieht, statt sie zu schließen. Das kann nicht funktionieren, da man so das Spiel unseres Gehirns nur fortsetzt, statt es zu durchschauen und zu reflektieren.

Statt nach Gegensätzen, sollte man nach GEMEINSAMKEITEN suchen.

Wir sind nämlich alle weit mehr als nur Corona-Leugner oder Corona-Befürworter. Wir sind zuallererst einmal hochindividuell und wollen unbedingt so wahrgenommen werden, auch, um uns ernst genommen zu fühlen. Und die Untersuchung dieser unserer hochindividuellen Lebenswelten ist für einen Ausgleich unerlässlich. Nur durch diese Einordnung wird das ganze mögliche kommunikative, das heißt verhandelbare Spektrum zwischen der Ablehnung der Corona-Politik bis hin zur Forderung nach weiteren Verschärfungen sichtbar, so dass eventuelle Lücken oder Überschneidungen genutzt werden können. Nur so kann man eine gemeinsame Schublade finden und anschließend öffnen, die es ermöglicht, den dringend benötigten Ausgleich herzustellen.

Versuchen wir dies am Beispiel der Corona-Kommunikation, so wird deutlich, dass sich Überschneidungen auf dem Fundament des Grundgesetzes finden: Einerseits ist es mit Fug und Recht möglich, den Schutz des Lebens als tragendste Säule zu interpretieren (Winfried Kretschmann: „Da wird nichts ge-

opfert, auch keine Freiheitsrechte. Vielmehr treten die lediglich für kurze Zeit in den Hintergrund, weil das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit jetzt im Vordergrund steht.“). Andererseits kann ich das Grundgesetz auch als nur in seiner Gesamtheit sinnhaft verstehen: Freizügigkeit, Entfaltung der Persönlichkeit oder Versammlungsfreiheit treten dann gleichberechtigt auf (Wolfgang Schäuble: „Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig.“).

Gehen wir also davon aus, dass die meisten Menschen in Deutschland den Staat an sich nicht rundheraus ablehnen, so wird deutlich, dass sich ein vereinendes Element in genau dieser staatspolitischen Auffassung findet könnte: Sowohl Wolfgang Schäuble als auch Winfried Kretschmann stehen nicht im Verdacht, sich als Individuen wie Politiker der Verfassungsfeindlichkeit schuldig zu machen, obwohl sie mit ihren Aussagen bereits zu verschiedenen Gruppen gehören. Die Verfassung, unsere Grundrechte, bilden also durchaus einen gemeinsamen Boden für beide Gruppen.

Kommunikation gegen Polarisierung

Leider haben wir in der aktuellen Debatte einen Punkt erreicht, an dem der Graben so tief geworden ist, dass sich Gegner und Befürworter unterstellen, es existiere nicht einmal mehr dieses minimale Fundament der Gemeinsamkeit. So versucht die Kommunikation der Corona-Leugner bereits, die Glaubwürdigkeit der Regierung und ihrer Handlungen vollumfänglich zu diskreditieren. Latent oder offensiv, zufällig oder vorsätzlich – die Wirkung ist die glei-

che. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn man von Anfang an kommuniziert hätte, wir verstehen euch, auch wenn wir andere Konsequenzen ziehen.

Stattdessen hat man Mittel wie das Kategorisieren von Social Media-Inhalten mit Labels wie „fake“ oder „misleading information“ angewendet, um anderen Positionen endgültig den Garaus zu machen. Kurzfristig kann so eine gegnerische Gruppenbildung eventuell verzögert werden, langfristig schafft man aber immer mehr Ablehnung und provoziert ein immer tieferes Abdriften in die gegnerische Gruppe.

Das wirksamste Mittel ist und bleibt deshalb der Aufbau von Vertrauen. Das argumentative Werben um Akzeptanz, die Anschlussfähigkeit an gesamtgesellschaftliche Werte und Überzeugungen

Wirksamste Mittel gegen die Polarisierung sind Aufbau von Vertrauen, KOMMUNIKATION und Diskurs.

ist unumgänglich, um dieses Vertrauen aufzubauen. Ausweis von Vertrauenswürdigkeit ist gerade deshalb die Anerkennung verschiedener Standpunkte, die Akzeptanz, dass andere Leute andere Schubladen öffnen und als Resultat daraus auch andere Gruppen bilden. Vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Fundaments können diese Unterschiede jedoch immer wieder in Gemeinsamkeiten umgewandelt werden.

Um der derzeitigen, subtil-zersetzend wirkenden Anti-Corona-Kommu-

nikation und ihren realen Folgen etwas entgegenzusetzen, braucht es also Kommunikation, die jedoch nur dann eine Wirkmächtigkeit entfalten kann, wenn sie grundsätzlich anschlussfähig ist. Dies bedeutet, gerade nicht den Gegner mundtot zu machen oder gar vernichten zu wollen, sondern vielmehr den Auftrag ernst zu nehmen, für eigene Positionen viel deutlicher zu werben und diese zu begründen.

Eine FUNKTIONIERENDE Kommunikation nimmt auch gegnerische Positionen wahr und ernst.

Ausgleich meint nicht, die eigene Position so weit zu verwässern, dass am Ende des Vergleichs nur Beliebigkeit bleibt, sondern vielmehr, alle Anspruchsgruppen, also jeden vom Sachverhalt direkt oder indirekt Betroffenen, mit seinen Bedürfnissen, Sorgen, Ängsten, Nöten und Wünschen zumindest ernst zu nehmen: „Ich verstehe dich, bleibe aus diversen Gründen aber bei meiner Meinung.“ Denn es ist natürlich nicht möglich, jeden noch so absurden Wunsch der (politischen) Gegner an das eigene Denken, Reden und Handeln zu berücksichtigen, da allein die Vielzahl der so geäußerten Ansprüche vollständige Handlungsunfähigkeit bedeuten würde („Ist das nun ein Tiger oder nicht?“).

Ließe man allerdings die sogenannten Hardliner, rechte wie linke Verschwörungstheoretiker, Prepper, Impfgegner, Neurechte, Anarchisten, etc.,

mit ihren unerfüllbaren Wünschen unberücksichtigt, so bliebe auf Seiten der regierungskritischen Gruppe eine Mehrheit zurück, die durch die grundgesetzlichen Einschränkungen der Corona-Krisenprävention oder die grundgesetzlich zumindest hinterfragbaren Entscheidungen im Rahmen der Flüchtlingskrise tatsächlich und im staatsbürgerlich positiven Sinne massiv verunsichert wurde.

Im Sinne der Harmonisierung gilt es, diese Menschen ins Boot zu holen, anstatt ihnen mehr oder weniger unverblümt mitzuteilen, dass Unverständnis und Skepsis bedeutungsgleich mit mangelnder Sachkenntnis und fehlendem Intellekt sind und dass man die „tumbe Masse“ beispielweise durch die Löschung von Fake News oder zweifelhaften Inhalten zum Guten erziehen muss. Es ist also durchaus möglich, die universelle und absolute Gültigkeit des Grundgesetzes als rationalen Standpunkt zu begreifen, als Bürgerrecht und Bürgerpflicht, anstatt als von chronisch unzufriedenen Wutbürgern und Querulanten konstruierte Stimmungsmache, auch wenn es auf persönlicher Ebene so erscheinen mag.

Gleiches gilt für den Föderalismus, die deutsche Gerichtsbarkeit und das derzeitige Regierungshandeln. Dabei ist es im Sinne einer Harmonisierung durchaus möglich, all diese Punkte anzuerkennen, ohne von der eigenen Meinung abzurücken: „Wir verstehen, dass es durchaus Alternativen gibt, wir verstehen, dass ihr das Grundgesetz anders interpretiert und es ist euer gutes Recht. Aber wir haben Gründe, die Dinge trotzdem so zu tun, wie wir sie tun“ – statt dem mittlerweile berühmten Imperativ, das eigene Handeln sei (unbegründeter Weise) „alternativlos“.

Durch letztere Kommunikation entsteht nur eine Verschärfung des Corona-Diskurses nach den Spielregeln von Schubladendenken und Gruppenzugehörigkeit. Diese dürfte jedoch aufgrund der Relevanz des Themas sowie des ohnehin allgemein angespannten politischen Klimas nicht zielführend sein.

Die Verantwortlichen sollten also beginnen, mit Analysewerkzeugen zu arbeiten, die in der Lage sind, Stimmungsbilder zu relevanten Themen wie der Corona-Krise frühzeitig zu erkennen. Nur so kann das wichtige gemeinsame Fundament herausgearbeitet werden, auf dem dann Harmonisierung stattfinden kann, bevor sich die Fronten zu sehr verhärtet haben.

Dass die zuvor ausgeführten Überlegungen zur Verminderung von Polarisierung und Grüppchenbildung innerhalb der Kommunikationsstrategie zu wenig Bedeutung erlangt haben, ist beunruhigend. Der Wertschöpfungsbeitrag der Kommunikation zur Herstellung von Vertrauen in die Corona-Politik konnte bisher nicht sichtbar werden. Auch unsere Gesellschaft befindet sich deshalb immer mehr auf dem Weg in Richtung einer politischen Kultur, in der sich zwei Lager unversöhnlich gegenüberstehen und ein Ausgleich nicht mehr möglich ist.

Kommunikation ist also die einzige Brücke innerhalb unserer von Filterblasen und Stimmungsmache aufgeheizten, postmodernen Gesellschaft, um auch jenseits von jedem Blockdenken Raum für einen roten Faden zu schaffen, an dem sich möglichst viele Bürger „entlanghangeln“ können. Im romantischen Sinne darauf zu bauen, dass das Wahre, Gute und Schöne langfristig siegen wird, weil „Wir“ im Gegensatz zu den „Anderen“ schlichtweg „vernünfti-

ger“ sind, wird den Herausforderungen einer pandemischen Krise jedenfalls nicht gerecht und ist höchstens eines: sehr naiv. ///



/// DR. JULIAN HAJDUK

ist Projektleiter am Institut für Organisationskommunikation der Universität der Bundeswehr, München.



/// PROF. DR. NATASCHA ZOWISLO-GRÜNEWALD

ist Professorin am Institut für Organisationskommunikation der Universität der Bundeswehr, München.

/// Europa braucht Datensouveränität

DAS PROJEKT GAIA-X

SIEGFRIED BALLEIS /// Durch die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung in Deutschland und Europa einen enormen Schub erfahren. Es offenbarte sich dabei aber auch unsere Abhängigkeit in der Informations- und Kommunikationsindustrie von US-amerikanischen und zunehmend auch chinesischen Herstellern und Dienstleistern. Mit dem europäischen Projekt Gaia-X könnte man wieder unabhängiger werden.

Die Anfänge

Das Projekt Gaia-X wurde im November 2019 beim Digitalgipfel der Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Damals konnte noch keiner ahnen, welche große Bedeutung diese Initiative durch die Corona-Pandemie noch erhalten würde. Die wesentlichen Ziele von Gaia-X sind Datensouveränität, Reduktion von Abhängigkeiten, Clouddienste in der Breite sowie der Aufbau eines Ökosystems für Innovationen.¹ Grundlage des Projektes sind europäische Werte und die Anwender stehen im Mittelpunkt.² Die Dateninfrastruktur-Strategie sieht dabei vor, dass europäische

Unternehmen und Institutionen eine Gaia-X Foundation gründen und verweist auch auf die enorme Bedeutung von Daten für Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Notwendigkeit, die Datenwirtschaft in der EU intensiv auszubauen. Die EU könne, dank der Daten

Das Projekt GAIA-X wurde Ende 2019 der Öffentlichkeit präsentiert.



Europa muss Datensouveränität erlangen und dafür seine Dateninfrastruktur besser aufstellen.

in der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor bessere Entscheidungen treffen und so zu einem Vorbild für die Gesellschaft werden.³ Auch der Deutsche Bundestag befasste sich in seinem Ausschuss Digitale Agenda mit dem Projekt Gaia-X. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung wurde klargestellt, dass die digitale Souveränität für Unternehmen, Bürger und Staaten eine sehr große Rolle spielt, aber derzeit nicht von europäischen Anbietern verfolgt werde.⁴

Die EU-Kommission hat am 25. November 2020 einen Vorschlag für ein Daten-Governance-Gesetz vorgelegt. Es soll die Verfügbarkeit von Daten zur Nutzung fördern, indem das Vertrauen in die Datenmittler erhöht wird und die Mechanismen für die gemeinsame Datennutzung in der gesamten EU gestärkt werden.⁵ Es geht dabei darum, die Daten des öffentlichen Sektors zur weiteren

Verwendung bereitzustellen und eine gemeinsame Datennutzung durch Unternehmen gegen Entgelt möglich zu machen. Insbesondere sollen die Bürger Europas aber auch entscheiden können, was mit ihren Daten geschieht und welche mit wem geteilt werden.⁶ Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton wies bei der Gesetzespräsentation auf das Ziel hin, Europa zum weltweiten Datenkontinent Nummer eins zu machen und daher gewonnene Daten möglichst in Europa zu speichern und zu verarbeiten. Angesichts der ständig wachsenden Rolle von Industriedaten unserer Wirtschaft plädiert er für einen offenen und dennoch souveränen Binnenmarkt für Daten.

Die EU-Digitalkommissarin Vestager fordert dazu eine neue Initiative zur Datenkontrolle und zum geistigen Eigentum und mahnt eine digitale Aufholjagd Europas an. Die EU-Initiative für ein

neues Gesetz zur Datenkontrolle stellt einen wichtigen Markstein dar und war zwingend notwendig. Ende Juli 2020 war bei einer Anhörung der Chefs von Apple, Google, Amazon und Facebook im US-Kongress deutlich geworden, dass schärfere Regeln zur Einschränkung der Marktmacht zu erwarten sind. Einige dieser Unternehmen sollten zerschlagen werden, zumindest wird es aber eine angemessene Regulierung geben.⁷

Die **EU-KOMMISSION** hat Ende 2020 eine Gesetzesinitiative zur Datenverwendung vorgelegt.

Der paneuropäische Gaia-X-Summit

Eine weitere Konkretisierung erfuhr das Projekt Gaia-X, auch Projekt „Moonshot“ genannt, beim virtuellen paneuropäischen Summit vom 18./19. November 2020. Bei diesem Kongress mit 5.000 Teilnehmern aus Europa und Übersee wurde das Projekt Gaia-X weiter differenziert und konkretisiert. Gaia-X ist eine wichtige Investition in die Zukunft und in die digitale Transformation und inzwischen haben sich bereits 175 Institutionen in der EU angeschlossen. Wichtig ist nun eine schnelle Umsetzung. Deutschland habe hier im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft bereits starke Signale zum Aufbau von Gaia-X gesendet, betonte Staatssekretär Thomas Jarzombek vom Wirtschafts- und Energieministerium dazu. Im öffentlichen und privaten Sektor werden massive Investitionen folgen. Dazu soll im Früh-

jahr 2021 ein Wettbewerb für konkrete Anwendungsfälle ausgeschrieben werden. Es wird eine neue Qualität der Datenverbindungen geben. Daten verschiedenster Quellen werden in einer großen Infrastruktur zusammengeführt werden können, so Jarzombek.

Auch für den französischen Wirtschaftsminister Le Maire ist Gaia-X ein erster Schritt zu einer globalen europäischen Dateninfrastruktur, basierend auf Transparenz und Vertrauen. Unterschiedlichste Cloud-Dienste können auf dieser Plattform aufbauen. Ziel ist, die Datenräume für möglichst viele Anwendungen zu nutzen. Das Teilen von Daten ist ein Schlüssel für die Zukunft unserer Wissenschaft und Gesellschaft.

Daten sind für EU-Industriekommissar Thierry Breton der neue Treibstoff unserer Volkswirtschaften. Die EU wird die Aktivitäten koordinieren und vorantreiben und dafür zunächst zwei Milliarden € investieren. Diese Investitionen sollten durch Unternehmen und einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch ergänzt werden. Gaia-X besteht aus 22 Gründungsmitgliedern, ist aber offen für weitere. Für eine maximale Synergie braucht es gemeinsames und schnelles Handeln. Nur so kann Europa eine führende Datenökonomie entwickeln. Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Macron hatten das Projekt am 13. Oktober 2020 bereits gemeinsam präsentiert.

Gaia-X hat im Hinblick auf den Zugang zu den relevanten Marktinformationen auch eine enorme Bedeutung für die Konsumenten. Ebenso ist aber auch der Zugang zu den Konsumentendaten für die Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen anbieten, außerordentlich wichtig. Durch direkten Zugang zu den Daten und die Anwendung Künstli-

GAIA-X dient Lieferanten und Nutzern als PLATTFORM für den Datenaustausch.

cher Intelligenz (KI) könnten Transaktionskosten massiv reduziert werden, erläuterte Jacques Cremer, Professor an der Toulouse School of Economics. Für die Wirtschaft braucht es einen freien Datenraum, bisher geschlossene sollten daher geöffnet werden. Gaia-X kann dafür als zweiseitige Plattform zum direkten Austausch zwischen den Lieferanten und Nutzern von Daten dienen und dabei eine regulatorische Rolle für die Datenökonomie in Europa übernehmen. Gegenwärtig weiß man aber noch zu wenig über die Datenmärkte und es bedarf noch sehr viel an organisatorischen Innovationen, so Cremer.

Daten sind für den Präsidenten des Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (zew,), Prof. Wambach, gut für die Märkte und unerlässlich für den Wettbewerb. Es ist höchst problematisch, wenn ein Monopolist die Daten exklusiv nutzt und den Markteintritt weiterer Marktteilnehmer verhindert. Die gegenwärtig genutzten Algorithmen können das Verhalten der Marktteilnehmer massiv beeinflussen. Deshalb müssen die Akteure am Markt befähigt werden, selbständig mit den Daten zu arbeiten und es ist notwendig, die Schranken für den Austausch zu eliminieren. Die Unternehmen müssen zu freiwilligen Verfahren zum Datenaustausch und neuen Formen der Kooperation motiviert werden. Wichtig ist auch die Ent-

wicklung von Datenstrategien seitens der Regierungen und öffentlichen Stellen. Wambach fordert, dass Firmen, die damit betraut sind, öffentliche Dienstleistungen anzubieten, verpflichtet werden müssten, die Daten weiterzugeben, die im Rahmen dieses Prozesses erzeugt werden.

Unternehmen verfügen über sehr viele Daten, die für Dritte geöffnet werden könnten. Es gibt aber andererseits auch Daten, die streng vertraulich sind und mit denen sicher umgegangen werden muss. Man braucht also eine Plattform, über die man mit den Kunden sicher kommunizieren kann. Gaia-X stellt dafür ein hervorragendes Instrument dar, da es Vertrauen und Zuverlässigkeit bietet. Ein konkreter Anwendungsfall aus dem Bereich der Logistik zeigt dies. Eine Vielzahl relevanter Daten von Geschäftspartnern wie Abfahrts- und Ankunftszeit, Detailinformationen über den Transportauftrag, Informationen für den Kunden, den Platz zum Entladen der Güter, die aktuelle Positionsbestimmung des Transportfahrzeugs, über das aktuelle Fahrgeschehen, usw. aus ganz unterschiedlichen Quellen muss zusammengeführt werden. Eine Voraussetzung dafür ist ein Ökosystem, in das die multilateralen Systeme der einzelnen Organisationen eingebracht werden, damit sie auf einer Plattform ausgetauscht werden können. Wichtig dabei ist, dass man den Daten der Partner vertrauen kann und deren Interoperabilität gewährleistet ist.

Gaia-X soll dabei die Standards für eine Dateninfrastruktur setzen, aber auch bereits bestehende Strukturen nutzen. Unternehmen werden umso eher bereit sein, Daten zu teilen, wenn sie wissen, was damit gemacht wird. Wichtig ist es deshalb, Transparenz zu schaf-

fen und auch die Spielregeln für die Datenökonomie zu definieren. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass das Teilen der Daten nicht nur in eine Richtung erfolgt.⁸

Die Datenoperabilität und -sicherheit müssen **GEWÄHRLEISTET** sein.

Beispiele für Anwendungsfelder

Dem Nutzer soll Zugang zu einem breiten und nützlichen Angebot spezialisierter Produkte und Dienstleistungen von Cloudbetreibern ermöglicht werden, um daraus spezifische Lösungen ableiten zu können. Gaia-X bietet volle Transparenz, indem es einen zertifizierten Datenschutz sowie regulatorische Kriterien für die Produkte und Dienstleistungen enthält. Jeder Nutzer entscheidet für sich, wo seine Daten abgelegt werden und wer damit zu welchem Zweck arbeiten darf.

Gaia-X soll auch modulare Lösungen ermöglichen. Basierend auf standardisierten Regeln für das Management und Controlling des Datentransfers können die Daten zwischen den Unternehmen ausgetauscht, mit anderen Daten verknüpft, verarbeitet, evaluiert und schließlich in wertschöpfenden Netzwerken monetarisiert werden. Die Möglichkeiten des Teilens von Daten und Dienstleistungen kann Innovationen fördern, Synergien nutzen und dazu dienen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und zu skalieren. Anwendungsmöglichkeiten finden sich in der Indus-

trie, kleineren und mittleren Unternehmen, im smarten Leben, Finanzen, Gesundheit, im Öffentlichen Sektor, der Mobilität, Landwirtschaft und im Energiesektor.

Im Bereich Industrie 4.0 ist der Ansatz des vorausschauenden Unterhalts (Predictive Maintenance) von Interesse. Hier geht es darum, im produzierenden Bereich eines Werkes den effektiven und nachhaltigen Betrieb sicherzustellen. Grundsätzlich ist es möglich, den Unterhalt entweder reaktiv oder präventiv durchzuführen. Der vorausschauende Unterhalt hat den Vorteil, dass verhindert wird, dass die Maschine defekt wird und die Produktion somit zu einem Stillstand kommt. Das entsprechende notwendige Ersatzteil wird bereits vor dem Defekt geordert und eingebaut, um unnötige Kosten zu vermeiden. Aufgabe der Datenanalyse ist es dabei, Anomalien rechtzeitig zu erkennen und somit kritische Situationen zu vermeiden, bevor diese sich ereignen.

Mit Hilfe von KI und Machine-Learning kann man Fehlfunktionen rechtzeitig erkennen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Dazu benötigt man Daten, welche aber oftmals nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Gaia-X kann eine Infrastruktur schaffen, die ein Datenmodell generiert, aus dem die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls einer Maschine berechnet werden kann. Die Verfügbarkeit von Daten über verschiedene Unternehmen hinweg könnte die Genauigkeit der Vorhersage noch deutlich verbessern. Gaia-X kann zudem eine sichere und autonome Datenspeicherung durch ein speziell autorisiertes Managementsystem sicherstellen, auch, um Machine-Learning-Modelle und deren Algorithmen zu trainieren.

Gaia-X kann auch im Mobilitätssektor eingesetzt werden. Gerade dieser sieht sich zunehmend großen Herausforderungen wie z. B. wachsender Verkehr, Sicherstellung bezahlbarer Mobilität, elektronische Ticket-Systeme, Energieeffizienz und Reduzierung von Schadstoffen gegenüber. Für einen Reiseprozess kann man z. B. digitale Kommunikations- und Systemlösungen nutzen. Ziel ist, alle Nutzer mit individuellen Angeboten durch digitale Technologien für Information, Planung, Nutzung und Kontrolle der Mobilität, der Transportmittel und der Transportinfrastrukturen unter Berücksichtigung der Verkehrsflüsse zu versorgen. Gaia-X stellt die dafür notwendige gemeinsame Infrastruktur zur Verfügung und ermöglicht die Integration und Migration der

Im Bereich der **LOGISTIK** kann Gaia-X effizient eingesetzt werden.

Daten. Durch die Nutzung von Gaia-X werden die Betriebsprozesse für den Passagiertransport optimiert und die Reisevorgänge können wirtschaftlicher, kundenfreundlicher und umweltverträglicher gestaltet werden.⁹ Die Digitalisierung der Prozesse fördert eine intelligente Mobilität.

Das Projekt European Public Sphere (EPS)

Der Impuls zur Erarbeitung einer eigenen Digital-Infrastruktur für Europa resultiert wie bei Gaia-X daher, dass die

digitalen Medien gegenwärtig sowohl von US-amerikanischen wie auch chinesischen Anbietern wie Facebook, Amazon, Google, Netflix und Alibaba dominiert werden. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat deutlich aufgezeigt, dass Europa von den Plattformbetreibern außerhalb Europas abhängig ist. Deshalb hat sich eine Allianz aus zahlreichen Wissenschaftlern, IT-Experten und Medienmanagern der EU herausgebildet, die dazu aufruft, eine Alternative zu den Internet-Riesen aus den USA und China zu schaffen.

Die deutschen Exponenten dieses Bündnisses sind der frühere SAP-Manager und Sprecher der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech), Henning Kagermann, der sagt, „wir wollen digitale Souveränität stärken – also die Selbstbestimmung Europas als Rechts- und Wertegemeinschaft und jedes einzelnen Nutzers“,¹⁰ sowie der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, beide Autoren eines Werkes zur Gestaltung der digitalen Souveränität¹¹. Letzterer meinte bei der Vorstellung des Grundsatzpapiers im Juli 2020 dazu: „Wenn Europa jetzt kraftvoll handelt und eine ambitionierte Initiative startet, kann ein öffentlicher digitaler Raum entstehen, der faire Zugangs- und Nutzungsbedingungen bietet, den öffentlichen Diskurs stärkt und die identitätsstiftende Pluralität Europas sicherstellt.“¹² Er sieht die großen Plattformen auch als starke Trendverstärker. Das Hauptinteresse dieser sei es aber, nicht nur einen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen, sondern die Nutzer möglichst lange auf der Plattform zu halten, was insbesondere mit Informationen mit emotionalen Inhalten gelinge.¹³

Auch der Präsident der Technischen Universität München, Professor Thomas

Hofmann, weist darauf hin, dass Europa Alternativtechnologien für einen digitalen Raum benötigt, die auf einem europäischen Wertesystem beruhen und einen offenen Dialog, Vielfalt und transparente Nutzungsbedingungen ermöglichen.¹⁴ Es geht aber auch um ganz klare wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessen. Europa darf die Digitalwirtschaft nicht den USA und China überlassen, sondern muss im Verein mit Forschungseinrichtungen, etablierten Unternehmen und ideenreichen Ausgründungen die digitale Wirtschaft in eine gemeinsame Zukunft führen. Es darf aber kein Modell nach dem Motto, „Der Staat muss alles richten“, werden, sondern es braucht eine breite Allianz möglichst vieler Stakeholder. Es geht hier eben nicht nur um einzelne Plattformen, sondern man braucht modulare Technologien, mit denen im wettbewerblichen Sinne eine Vielzahl an innovativen Plattformen und Produkten entstehen kann.¹⁵

Europa darf die DIGITALWIRTSCHAFT nicht den USA und China überlassen.

Das Projekt European Public Sphere wurde bewusst langfristig als Daueraufgabe für die Ratspräsidentschaft Deutschlands 2020, Portugals und Sloweniens 2021 und Frankreichs im ersten Halbjahr 2022 angelegt. Die Verfasser legen auch großen Wert darauf, dass mit der European Public Sphere auch Synergien mit dem europäischen Projekt Gaia-X gesucht werden, vor allen Din-

gen auf der Ebene der Basistechnologien und der Infrastruktur.

Es gibt aber auch Kritik an der bisherigen Rolle des Staates bei der Gestaltung des digitalen öffentlichen Raums. Kagermann und Wilhelm bezeichnen dessen Haltung hier als bislang vorwiegend reaktiv. So wird beispielsweise moniert, dass im Gegensatz zu Rundfunk, Gesundheit, Bildung, Verkehrs- und Kommunikationsnetzen der digitale öffentliche Raum bislang nicht als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen wurde. Sie fordern in diesem Zusammenhang aber ein klares Engagement des Staates, da der öffentliche Raum der entscheidende Ort für die Entfaltung der Grundrechte und Voraussetzung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sei. Ähnlich wie bei den analogen öffentlichen Räumen wie Verkehrsraum, Straßen und Plätzen etc. sollte auch der Kommunikations- und Medienraum durch staatliches Handeln konkret ausgestaltet und die Störanfälligkeit so weit wie möglich reduziert werden.

Was auf nationaler Ebene diagnostiziert wird, gilt nach Auffassung von Kagermann und Wilhelm auch auf europäischer Ebene, da der europäische Binnenmarkt im Digitalen nicht vollendet ist und weiterhin europäische Fragmentierung vorherrscht. Die Autoren fordern eine staatliche Regulierung ein, die allerdings um den Blickwinkel industriepolitischer Aspekte erweitert werden müsste, um erleichterte Zugänge zu europäischen Services oder Inhalten zu schaffen. Sie monieren das Fehlen eines starken europäischen Förderprogramms für neue Projekte und eine Koordinationsinstanz zur Bündelung vorhandener Initiativen. Sie empfehlen die Kooperation der Medien- und Technologieakteure und dass Projekte aus

Forschung, Unternehmen und der Zivilgesellschaft, die sich der Stärkung der digitalen Souveränität verschrieben haben, gefördert werden.¹⁶

Die EPS BENÖTIGT noch mehr Zusammenarbeit und Förderung.

Im Hinblick auf das Ökosystem, die Geschäftsmodelle, Technologien und Produkte verweist die European Public Sphere sehr stark auf das Projekt Gaia-X. So wird als Voraussetzung für die EPS eine Instanz vorgeschlagen, die verbindliche Vorgaben in Bezug auf technische und organisatorische Standards und deren Umsetzung macht und die unterschiedlichen Interessen zwischen Markt und Staat ausgleicht. Diese Instanz soll ein großes und diverses Netzwerk einzelner Akteure koordinieren. Weiterhin wird gefordert, dass zur Herstellung von Transparenz die Betreiberinstanz eine starke demokratisch legitimierte Aufsicht benötigt. Schließlich soll das Modell offen für Inhalte-Anbieter wie beispielsweise den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, etc., aber auch für privatwirtschaftliche Technologieanbieter und Anbieter aus der Zivilgesellschaft sein.¹⁷

Fazit

Sowohl das Projekt Gaia-X als auch die European Public Sphere sind wichtige Ansätze, damit Europa wieder in der Datenökonomie seine Souveränität zurück erhält. Dabei ist es unerlässlich, dass so-

wohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erkennen, dass der öffentliche Raum letztlich zur Daseinsvorsorge gehört und somit auch der ordnenden und regulierenden Hand der jeweiligen Regierungen und auch der Europäischen Union bedarf. Die Staaten müssen sich von ihrer rein reaktiven Rolle verabschieden und eine nachhaltige Gestaltungskraft für die Datenökonomie entfalten. Nur so kann man die einseitige Abhängigkeit von marktbeherrschenden Unternehmen aus den USA und zunehmend auch aus China verringern. Beide Projekte sollten sich wesentlich stärker als bisher miteinander vernetzen, um auf der Basis der europäischen Werte von Vielfalt und Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht, Wettbewerb und Gemeinwohl sowie individuellen Rechten und kollektiven Zwecken ein gemeinsames europäisches Ökosystem zu bilden.

EUROPA braucht in seiner Datenökonomie Unabhängigkeit.

Über die Notwendigkeit einer derartigen europäischen Initiative gibt es spätestens seit Juli 2020, als selbst der US-Kongress die enorme Marktmacht der vier Tech-Giganten Apple, Google, Amazon und Facebook angeprangert hat, keine Zweifel mehr. ///



Foto: Glasow

/// PROF. DR. SIEGFRIED BALLEIS

ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen/Nürnberg sowie Honorarprofessor am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Anmerkungen

- ¹ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/das-projekt-gaia-x.pdf?__blob=publicationFile&v=24, Stand: 2.12.2020.
- ² https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/gaia-x-das-europaeische-projekt-startet-in-die-naechste-phase.pdf?__blob=publicationFile&v=18, Stand: 2.12.2020.
- ³ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-european-strategy-data-19feb2020_de.pdf, Stand: 2.12.2020.
- ⁴ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020n/kw44-pa-digitale-agenda-792802>, Stand: 2.12.2020.
- ⁵ https://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc_id=71223, Stand: 2.12.2020.
- ⁶ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/european-data-governance>, Stand: 2.12.2020.
- ⁷ https://www.focus.de/digital/digital-news/anhoerung-vor-dem-us-kongress-apple-google-amazon-facebook-haben-die-vier-tech-riesen-zu-viel-macht_id_12263014.html, 2.12.2020.
- ⁸ <https://www.data-infrastructure.eu/GAIAX/Navigating/EN/Home/home.html>, Stand: 2.12.2020.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ dpa, 14.7.2020.
- ¹¹ European Public Shere – Gestaltung der digitalen Souveränität Europas, acatech IMPULS, hrsg. von Henning Kagermann und Ulrich Wilhelm, Juli 2020, S. 10.
- ¹² dpa, 14.7.2020.
- ¹³ Busse, Caspar / Kreye, Andrian: Der Kampf ums Internet – Die Unabhängigkeitserklärung, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.2020.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Kagermann/Wilhelm: European Public Shere, S. 10.
- ¹⁶ Ebd., S. 11.
- ¹⁷ Ebd., S. 20 f.

/// TikTok als Austausch-Plattform für Journalismus und Politik

DER KOMMUNIKATIVE SCHAUKELSITZ DER ZUKUNFT

MICHAEL GRABL / JONAS SCHÜTZENER /// Die Plattform TikTok gewinnt rasant an Reichweite und Beliebtheit. Welche Folgen hat das für Politik und Medien? Die Hypothese: TikTok wird eine komplementäre Ergänzung im Social-Media-Angebot und daher für politische Abgeordnete und Berichtserstatter unverzichtbar. Die zentrale Herausforderung wird sein, Inhalte an die Besonderheiten der Plattform glaubwürdig anzupassen.

Politik und Journalismus sind vielschichtig geworden. Entscheidungsprozesse, Abhängigkeiten und Hierarchien sind komplex miteinander verwoben, digitale Kommunikationsnetzwerke in der Fülle kaum zu überblicken. Wo sollen eigene Inhalte, Botschaften und Recherchen platziert und veröffentlicht werden? Fernsehen, Radio und gedruckte Medien wurden vielfältig durch neue Publikationsprodukte wie Soziale Netzwerke, Plattformen, Blogs, Podcasts usw. ergänzt. Die Digitalisierung

ermöglicht Akteuren aus allen Teilbereichen der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Sport, Behörden etc.) permanente Kommunikation und Publikation. Der Medienethiker Thomas Zeilinger hat mit dem Bild und Begriff des Netzwerks diese Entwicklungen kürzlich überaus gelungen zusammengefasst und anhand verschiedener Strukturen verständlich systematisiert:¹ Durch die immer stärkere Vernetzung (Konnektiv) unserer Gesellschaft leitet sich eine erhöhte Verantwortung für Po-

Die Plattform TikTok wirkt wie ein digitaler Schaukelstuhl.

litik, Medien und Publikum ab, weil die Entscheidungen aller Beteiligten jeweils direkte Folgen für das große Ganze (Kollektiv) transportieren. Die zunehmende Vielfalt an Kommunikationskanälen in Politik und Journalismus sind zentrale Bestandteile dieser Netzwerke nach Zeilinger. Wir können seit Jahren die Entstehung völlig neuer Kommunikationskanäle und Strategien beobachten. Facebook, Twitter, Newsletter, Broschüren, Flyer und Videobotschaften sind aktuelle Basisinstrumente politischer Kommunikation und Selbstdarstellung. Das digitale Netzwerk der Gegenwart und Zukunft ist aber unruhig, permanent im Wandel und unberechenbar. Studien aus der Mediennutzung zeigen uns: Facebook ist ein Auslaufmodell, Instagram die Gegenwart und TikTok die Zukunft der digitalen Plattformen.²

In den letzten Jahren ist eine zunehmende **VIELFALT an Kommunikationskanälen und -strategien zu beobachten.**

TikTok ist bunter, schneller und verrückter

Im Sommer 2020 ist die chinesische App TikTok in das breite Zentrum der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Der damalige US-Präsident Donald Trump wollte die App verbieten lassen und machte sie so zu einem Politikum. Zuvor gab es regelmäßig internationale Kontroversen rund um das Thema Da-

tenklau und Zensur, China-kritische Videos von US-Usern wurden gelöscht, User teilweise gesperrt. Ein befürchteter direkter Einfluss auf Inhalte durch chinesische Behörden mittels TikTok als schnell wachsendes Netzwerk der Zukunft wurde diskutiert.³ Wochenlang wurde über eine Teil-Übernahme verhandelt, ein niedriger zweistelliger Milliarden-Betrag ist für die (teilweise) Übernahme von Anteilen im Gespräch. Zum Vergleich: Das wäre mehr als der aktuelle Börsenwert von Puma (ca. 12 Milliarden Euro) oder fast doppelt so viel wie der des Axel Springer-Verlags (ca. 6 Milliarden Euro). Wie kann eine virtuelle Netzwerk-Verbindung einen derartigen Börsenwert erreichen?

Zunächst ist über mehrere Nutzungsstudien ein exponentielles Wachstum der Reichweite und regelmäßigen Nutzung zu erkennen. Eine Kantar-Erhebung vom Juli 2019 zeigt noch relativ bescheidene 2,0% der Deutschen, die damals regelmäßig auf TikTok unterwegs waren. In den folgenden Monaten stiegen die Download-Zahlen allerdings stetig an. Einen besonderen Schub erhielt die App in den Wochen des Corona-Lockdowns. Im Spätsommer 2020 waren laut aktuellen Zahlen 5,5 Millionen Deutsche auf TikTok aktiv, 60% davon Frauen. Die mittlere Nutzungsdauer beträgt 50 Minuten pro Tag. In Europa sind laut der Zusammenstellung von Futurebiz⁴ aktuell gut 100 Millionen User aktiv, weltweit sogar über 800 Millionen.

Die pure Reichweite muss in puncto Börsenwert mit der sehr attraktiven Zielgruppe gekoppelt werden. Lediglich 15% der User sind älter als 35 Jahre, TikTok dominiert also die werberelevante Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen. Das inhaltliche Herzstück des An-

gebots sind Videos. Eine einfache Software ermöglicht die schnelle Produktion und Bearbeitung von eigenen Handvideos. Besonders beliebt sind Tanzvideos und „Spontan“-Imitationen wie Gesangseinlagen mit unterlegten Songs. Kurz gesagt: TikTok ist bunter, schneller und verrückter als die bislang bestehenden Netzwerke und lebt vor allem vom User Generated Content, also den Inhalten, die direkt und „ungefiltert“ von den Benutzern hochgeladen werden. Trotzdem sind zahlreiche User auch mit sehr ernsthaften Botschaften auf TikTok erfolgreich. Themen wie Rassismus, Sexismus oder soziale Ungleichheit werden von der jungen Zielgruppe authentisch und oft emotional in Videos diskutiert. Teilweise verschwimmen Information, Emotion und Entertainment in wenigen Sekunden durch die spezielle Machart der TikTok-Videos. Das ständige Hin und Her, Vor und Zurück, verknüpft mit schnellen Schnitten und bunten Effekten machen TikTok metaphorisch zu einer Art digitaler Schaukelstuhl: immer in Bewegung, geprägt durch die Armlehnen Emotion, Information und Entertainment.

Über 37 Milliarden TikTok-Videos werden allein in den USA monatlich abgespielt. Diese Konstellation aus Reichweite, Zielgruppe und Inhalt, gepaart mit weiteren Wachstumsperspektiven machen die App so wertvoll und interessant für die Werbewirtschaft.

TikTok wirkt in seiner MACHART wie ein digitaler Schaukelstuhl.

TikTok aus wissenschaftlicher Perspektive

Trotzdem ist TikTok gemessen an wissenschaftlicher und journalistischer Berichterstattung bislang kaum im öffentlichen Diskurs aufgetaucht. Dabei lohnt sich ein genauer Blick auf Ausprägungen und Begrifflichkeiten, um innerhalb dieser vielfältigen Digitalwelt noch präziser unterscheiden zu können. Unter dem Überbegriff „Intermediäre“ haben Schulz und Dankert⁵ die Ausprägungen Suchmaschinen, Social Media (Soziale Netzwerke), Apps, User-Generated-Content-Plattformen, Blogs und Verkaufsplattformen unterschieden. All diese Begriffe sind stark durch die technische Infrastruktur geprägt, also, wie die jeweiligen Inhalte digital gebündelt und an das Publikum transportiert werden. Die Strukturen, die rund um solche Intermediären entstehen,⁶ sind nie identisch, sondern immer Neu-Konstellationen, die vom Medienangebot, der Zielgruppe und personellen / inhaltlichen Ressourcen abhängen.⁷ Diese etwas abstrakte Herleitung wird im Folgenden anhand des Beispiels TikTok konkreter. In dieser Systematisierung ist TikTok gleichzeitig:

- Eine App, die Videoinhalte bündelt und bei ausreichender Internetverbindung ermöglicht, eigene Beiträge zu erstellen oder zu teilen und Fremdmaterial zu rezipieren (technischer Zugang);
- ein Soziales Netzwerk, das dadurch entsteht, dass User sich gegenseitig folgen, mittels Chat- oder Kommentarfunktion miteinander in Austausch treten können und auch losgelöst von konkreten Inhalten miteinander in Beziehung treten (sozial-kommunikativer Zugang);

- eine User-Generated-Content-Plattform, auf der eigens produzierte Inhalte von Usern hochgeladen, geteilt, kommentiert, bewertet und ggf. weiterbearbeitet werden. Die Produktion der Inhalte ist losgelöst von professionellen Standards (Qualität ist, was gefällt) und technischen Barrieren – ein Smartphone reicht (inhaltlicher Zugang) sowie
- eine Verkaufsplattform, auf der User Generated Content mit gewerblich produzierten Angeboten (Werbung) vermischt werden. TikTok und die Kanäle der User sind Werbeflächen, die von Werbepartnern gegen Bezahlung für eigene Aussagen genutzt werden können. Die Rendite teilen sich TikTok als Plattform und die User als Urheber von Inhalten. In Relation geht der Großteil der Einnahmen an den Plattform-Betreiber selbst (mediökonomischer Zugang).

TikTok aus politisch-kommunikativer Perspektive

Ausgehend von dieser Herleitung wird deutlich, dass TikTok und die Reichweite der Plattform eine zentrale Herausforderung für politische und journalistische Akteure darstellen. Die Politik sucht seit Jahren nach Rahmenbedingungen zur rechtlichen (Neu)Ordnung der Sozialen Netzwerke, die aufgrund ihrer strafrechtlichen Facetten wie Hate-Speech, Fake News, Cyber-Mobbing oder Datenschutz regelmäßig auch Bestandteil der journalistischen Berichterstattung sind. Gleichzeitig sind diese digitalen Kanäle auch eine wertvolle Interaktionsmöglichkeit mit den Medien und der Bevölkerung: „Soziale Medien prägen zunehmend die Kommunikationspraxis von politischen Akteuren und Bürgern“, sie haben trotz aller Pro-

bleme demokratisierende Potenziale hinsichtlich des Austausches und der Mitwirkung an öffentlichen Debatten.⁸ Für politische Abgeordnete heißt das, dass TikTok und die spezifische Zielgruppe der Plattform eine zentrale Ressource künftiger Bürgerbeteiligung und politischer Kommunikation sind. Hier

Die Plattform TikTok bietet sich als neue MÖGLICHKEIT für politische Kommunikation an.

gelten andere Normen für die Produktion und Darstellung von Inhalten. Die Kommunikation auf TikTok ist bunter und ironischer – eine große Herausforderung und noch größere Chance für die Übermittlung zentraler politischer Positionen und Diskussionen. Erste Politiker und Medienhäuser haben sich bereits auf TikTok gewagt. Daher folgt ein kurzer Blick darauf.

Wie bei allen ersten Gehversuchen liegen Erfolg und Misserfolg oft nah beieinander. Einige Akteure aus Politik und Journalismus adaptieren die Gegebenheiten von TikTok bereits besser und erfolgreicher als andere. Misst man Erfolg rein quantitativ anhand der Follower-Zahlen und der Reichweite, rangiert die Tagesschau mit ihrem Account auf der Spitzenposition im deutschen Medienbereich. Die Tagesschau fährt eine kanalspezifische Strategie, die wesentlich auf den Komponenten Wiedererkennbarkeit, Content-Auswahl und Authentizität fußt. Wiedererkennbar-

keit erreicht sie vor allem durch eine einheitliche Strukturierung der Videos: Ein festes Design, das mit verschiedenen TikTok-üblichen Effekten angereichert wird, eine überschaubare Länge, in Anpassung an die Eigenheit des Kanals, und ein sich ähnelnder Aufbau, der maßgeblich von den drei Moderatoren Anna, Antje und Felix bestimmt wird. Diese drei jungen Sprecher wechseln sich ab und geben der Tagesschau auf TikTok gleichzeitig ein greifbares und persönliches Bild, welches die Identifizierung bei der jungen Zielgruppe fördert und so die Chance auf eine langfristige Verbundenheit des Follower zum Kanal eröffnet.

Thematisch passt sich die Tagesschau ebenfalls der jungen Zielgruppe an. Themen wie Schule oder Sexualität werden konsequent bespielt, zudem werden Fragen der eigenen Follower immer wieder in kurzen Erklär-Videos aufgegriffen. Die Ansprache an die User erfolgt durchgehend in persönlicher, duzender Form. Neben den informationshaltigen Videos werden aber auch lusti-

ge Videos wie eigene Versprecher, komische Videos aus dem eigenen Studio oder populäre Trends eingestreut, die authentisch einen Einblick hinter die Kulissen ermöglichen.

Doch wie geht die Tagesschau konkret mit dem Spagat zwischen journalistischen Ansprüchen und den (Entertainment-)Gegebenheiten des Kanals um? Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Tagesschau entgegen allen Vermutungen auf dem Unterhaltungsnetzwerk TikTok hauptsächlich Informationen vermittelt. Von 174 Videos (Stand 12. Oktober 2020) lassen sich 141 Videos und somit 81 % der journalistischen Informationsfunktion zuordnen, 33 Videos (19 %) bedienen hauptsächlich den Entertainment-Faktor. Journalistische Inhalte sind auf dem lustigen „Zeitvertreib“-Kanal TikTok also nicht chancenlos. Dass sie allerdings nicht alleine funktionieren, beweist die Rangliste der Videos der Tagesschau mit den meisten Views (vgl. Abb. 1). Die beiden reichweitenstärksten Videos sind lustige ohne jeglichen journalistischen Informations-

charakter. Insgesamt sind drei der Top-5-Videos der Entertainment-Kategorie zuzuordnen. Für steigende Reichweiten, im Sinne einer medienökonomischen Sichtweise, ist ein Mix aus Information und Unterhaltung für Medienhäuser also unumgänglich.

Dass die reichweitenstärksten Videos zwischen Mitte Januar und März 2020 liegen, ist dabei kein Zufall. In diesem Zeitraum hatte TikTok in Europa und Deutschland seinen Take-off und ersten Durchbruch, der auch durch den Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie begünstigt wurde. Nach dem Hype befindet sich die Plattform aktuell in der Konsolidierungsphase, die auch bei den

land zu Beginn der Corona-Pandemie einen Account, mittlerweile hat er diesen aber im Zuge der Debatten um Sicherheits- und Datenschutzbedenken rund um TikTok aufgegeben. Dafür sind verschiedene andere politische Akteure auf die TikTok-Bühne getreten. Unter anderem sind das Bundesministerium für Gesundheit, Dorothee Bär (CSU) und die Freien Wähler Bayern mit Accounts vertreten. International nutzt zum Beispiel Emmanuel Macron TikTok (vgl. Abb. 2).

Von nachhaltigem Erfolg sprechen die ersten zaghaften Versuche aus der Politik allerdings nur selten. Dies ist neben der bisher eher geringen Verbreitung politischer Debatten auf TikTok und der angedeuteten Bedenken bezüglich Datenschutz zumeist auf fehlende Konsequenz, eine mangelhafte Strategie und fehlende Anpassungsfähigkeit an das Wesen des Kanals zurückzuführen. Das Gesundheitsministerium erlebte eigentlich einen „Traumstart“ und erreichte gleich mit dem ersten Video über 2,3 Millionen (junge) Menschen. Mittlerweile zieht es ähnlich wie Tobias Hans einen Rückzug vom Kanal in Betracht. Politische Akteure wie Dorothee Bär (CSU) trauen sich zwar auf den Kanal, können aber mit ihrem Auftritt und ihren Inhalten noch keine größeren Reichweiten verzeichnen. Ähnlich wie der französische Präsident Emmanuel Macron hat Bär das Posten neuer Videos nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Zuvor war die Resonanz eher spärlich: Vier von fünf Videos erreichten nicht mal 1.000 Views, die Followerzahl stagniert bei circa 350.

Ein Vergleich dazu: Robert Lewandowski vom FC Bayern München startete kurz nach Dorothee Bär seinen TikTok-Account, in der Spitze erreicht er

Der durch Corona bedingte Lockdown hat den **DURCHBRUCH** von TikTok in Deutschland begünstigt.

Zahlen der Tagesschau-Videos abzulesen ist. Dort haben sich die Views konstant im unteren bis mittleren sechsstelligen Bereich, mit Ausreißern nach oben, eingependelt. Obwohl einzelne Videos nur selten an die hohen Views von Anfang 2020 heranreichen, wächst die Followerzahl stetig. Hatte die Tagesschau am 13. Mai 2020 noch freudig den 500.000. Follower begrüßt, sind es nun bereits über 650.000 Follower (Stand 12.10.2020).

Auch Politiker haben inzwischen den Weg auf TikTok gefunden. Als erster Ministerpräsident eines Bundeslandes eröffnete Tobias Hans aus dem Saar-

Abbildung 1: Top-5-Videos der Tagesschau auf TikTok nach Views (Stand: 12.10.2020)

Video	Datum	Views	Kategorie
„Wie ich den Video-Chat verlasse“	26.03.2020	4,4 Millionen	Entertainment
„Darüber sprechen Nachrichten-Moderatorinnen im Abspann“	10.03.2020	3,8 Millionen	Entertainment
„So schützt du dich vor Corona“	27.02.2020	3,5 Millionen	Information
„Orkan Sabine in Bildern“	11.02.2020	2,8 Millionen	Information
„Teleprompter“	13.01.2020	2,3 Millionen	Entertainment

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2: Anzahl TikTok-Follower ausgewählter Politiker, Parteien und Institutionen, (Stand 12.10.2020)

Politiker/Partei/Institution	Follower (gerundet)
Emmanuel Macron	775.000
Thomas Sattelberger (FDP)	72.000
Bundesministerium für Gesundheit	65.000
Dorothee Bär (CSU)	348
Freie Wähler Bayern	124

Quelle: eigene Darstellung

mit einzelnen Videos mittlerweile aber schon bis zu 18 Millionen Views, kein Video wurde bisher weniger als 3,4 Millionen Mal angesehen. Wo sind die deutlichen Unterschiede zu Bär festzumachen? Natürlich kann ein international bekannter Fußballprofi nicht direkt mit einer Politikerin verglichen werden. Es ehrt Bär, dass sie neue Netzwerke sucht und zumindest ansatzweise bespielt. Dennoch: Die inhaltliche und strategische Umsetzung ist nicht zu erkennen. Während Lewandowski ausschließlich kurze, kuriose, witzige und einfallreiche Videos produziert und postet und sich damit exakt dem Kanal und den Erwartungen der Nutzer anpasst, agiert Dorothee Bär in ihren Videos wie in einem TV-Interview in einer Sprecherposition, in der sie politische Botschaften ohne jegliche Anpassung an Kanal und Zielgruppe verbreitet. Damit zielt sie an der bunten und ironischen Kommunikation auf TikTok komplett vorbei.

Paradoxerweise zeigt der 71-jährige Bundestagsabgeordnete Thomas Sattelberger (FDP), wie sich ein Politiker er-

folgreich auf einem Kanal der jungen Zielgruppe bewegen kann. Er hat inzwischen über 72.000 Follower (Stand 12.10.2020) gesammelt und mit seinen Videos bereits ein Millionenpublikum erreicht. Auch seine erfolgreichsten Videos sind nicht auf leere Botschaften zurückzuführen. Im Gegenteil: Je bunter, effektvoller und individueller die Videos, desto größer die Reichweite. Gleichzeitig sind die Videos persönlicher oder bieten Einblicke hinter die Kulissen. Der Politiker zeigt sich als Mensch und wird nah- und greifbarer. Man kann das differenziert bewerten, aber klar ist: TikTok ist nicht der Kanal, um Menschen von seiner politischen Meinung zu überzeugen. TikTok ist

TikTok ist am **WIRKSAMSTEN, wenn man sich dort als Person oder Marke präsentiert.**

mehr der Kanal, um als Person oder Marke zu wirken.

Wo kann die Reise für Journalismus und Politik hingehen? Erste Studien zu politischer Kommunikation auf TikTok deuten ebenfalls darauf hin, dass es sich im Kommunikationsprozess auf TikTok nicht mehr um reines Nachrichten-Teilen handelt, sondern die Nutzer mehr oder weniger selbst zur Nachricht werden.⁹ So sind auch die hier beschriebenen Ergebnisse zu deuten und so lässt sich auch der klaffende Unterschied zwischen Sattelbergers Erfolg und den restlichen, eher weniger erfolgreichen Politiker-Accounts erklären. Die Tagesschau bewegt sich als Best-Practice-Beispiel konsequent wie beschriebener metaphorischer Schaukelstuhl: immer in Bewegung, geprägt durch die Armlehnen Emotion, Information und Entertainment, angereichert mit schnellen Schnitten und bunten Effekten.

Nur einen Account zu eröffnen und austauschbare Botschaften zu teilen, die womöglich in ähnlicher Form in anderen sozialen Netzwerken inhalts- und designgleich gepostet werden können, reicht heutzutage weder auf TikTok noch auf allen anderen Social-Media-Kanälen aus. Es bedarf einer gezielt auf den Kanal ausgerichteten Strategie, die für Neueinsteiger ohne großes Vorwissen mit Hilfe von wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung im Vorhinein durchdacht werden muss. Wie gut das funktionieren kann, zeigt ein Beispiel auf einem anderen sozialen Netzwerk. Auf dem Karrierenetzwerk LinkedIn hat Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender von Volkswagen, im Jahr 2020 einen steilen Aufstieg hingelegt. Der VW-CEO hat mit geschickter Positionierung und authentischen Beiträgen als erster Chef eines DAX-Unternehmens die

100.000 Follower-Marke durchbrochen, mittlerweile folgen ihm bereits über 120.000 Personen (Stand 12.10.2020), Tendenz weiter steigend. Der gezielte Social-Media-Auftritt, angepasst an die Rahmenbedingungen des Kanals und die vorherrschenden Bedürfnisse und Erwartungen der Nutzer, hat ihm nicht nur mehr Sichtbarkeit,

Nur ein an die Rahmenbedingungen und Nutzererwartungen des Kanals ANGEPASSTER Auftritt ist erfolgreich.

sondern auch einiges an Sympathie eingebracht. Ein (Erfolgs-)Modell, das für den Journalismus und die Politik auf TikTok genauso denkbar ist. TikTok ersetzt dabei keinen anderen Social-Media-Kanal, sondern fügt sich komplementär zu anderen Kanälen in das Social-Media-Portfolio ein. Positive Beispiele wie die Tagesschau oder Thomas Sattelberger belegen das. Gleichzeitig zeigen sie so zumindest stückweise den kommunikativen Weg in die (Social-Media-)Zukunft. ///



Foto: Anspann/KU

/// MICHAEL GRAß

ist Doktorand und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Journalistik I der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.



Foto: Bracker/KU

/// DR. JONAS SCHÜTZENEDER

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Journalistik I der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Lesehinweis:

In der kommenden Ausgabe gibt es ein Zeitgespräch mit dem Experten Gerald Spyra zum Thema „Datenschutz“.

Anmerkungen

- ¹ Zeilinger, Thomas: Das Netz der öffentlichen Kommunikation. Publikum und Medien in interaktiven Zeiten, in: *Communicatio Socialis* 2/2020, S. 158-171.
- ² Schützeneder, Jonas / Graß, Michael / Klinghardt, Korbinian: Sonnenaufgang statt Rathaus-Debatte. Eine Inhaltsanalyse deutscher Lokalzeitungen auf Instagram, in: *Communicatio Socialis* 1/2020, S. 36-48.
- ³ www.zeit.de/2019/51/tiktok-zensur-china-social-media-internet/ Stand: 5.10.2020.
- ⁴ <https://www.futurebiz.de/social-media-nutzerzahlen/> Stand: 5.10.2020.
- ⁵ Schulz, Wolfgang / Dankert, Kevin: Die Macht der Informationsintermediäre. Erscheinungsformen, Strukturen und Regulierungsoptionen, Bonn, 2016.
- ⁶ Neuberger, Christoph: Journalismus in der Netzwerköffentlichkeit. Zum Verhältnis zwischen Profession, Partizipation und Technik, in: *Journalismus im Internet*, hrsg. von Christian Nuernbergk und Christoph Neuberger, Wiesbaden 2018, S. 11-80.
- ⁷ Graß, Michael / Schützeneder, Jonas / Klinghardt, Korbinian: Intermediäre Strukturen und Neu-Organisation bekannter Aufgaben: Instagram im Lokaljournalismus, in: *MedienWirtschaft* 2-3/2020, S. 18-27.
- ⁸ Emmer, Michael: Soziale Medien in der politischen Kommunikation, in: *Handbuch Soziale Medien*, hrsg. von Jan Schmidt und Monika Taddicken, Wiesbaden 2015, S. 81-99.
- ⁹ Medina Serrano, Juan Carlos / Papakyriakopoulos, Orestis / Hegelich, Simon: Dancing to the Partisan Beat: A First Analysis of Political Communication on TikTok, *Web Science* 2020.



Hessler, Peter: *Die Stimmen vom Nil. Eine Archäologie der ägyptischen Revolution*. München: Carl Hanser-Verlag 2020, 545 Seiten, € 26,00.

/// Von unten betrachtet

EINBLICKE IN DEN „ÄGYPTISCHEN FRÜHLING“

Im Ausland tätige Journalisten pflegen mit Politikern und Wirtschaftsführern zu reden, mit Künstlern, Gewerkschaftsfunktionären und Leitern von Nichtregierungsorganisationen. Sie besuchen offizielle Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Kundgebungen. Mitunter reichen sie ihr Mikrofon auch einem Passanten, Verkäufer oder Taxifahrer, doch bleibt der Blick von oben bestimmend. Ganz anders der Mitarbei-

ter des „New Yorker“, Peter Hessler, in seiner Rückschau auf fünf Jahre Ägypten nach dem „Arabischen Frühling“ von 2011 – bietet er dem Leser doch zusätzlich einen authentischen Blick von unten.

Der sprachbegabte Hessler und seine Ehefrau lernen nicht nur vor ihrem Eintreffen das Hocharabische, die „al-fusha“, sondern auch vor Ort die viel wichtigere Umgangssprache „al-ammiya“.

Damit finden sie Zugang zu Ägyptern unterschiedlichster Herkunft, z.B. einem kreativen Müllsammler und seiner Familie, einem Anhänger der Muslimbrüder, einem auf Bildung und Reformen erpichten Sprachlehrer und Verehrer des früheren Präsidenten Gamal Abdel Nasser, einem Parlamentsabgeordneten und Geschäftsmann aus Oberägypten und einem homosexuellen Journalistenkollegen. Hessler begleitet sie in ihren täglichen Geschäften, nimmt an ihren Freuden und Sorgen Anteil und registriert ihre Haltung zu den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Auch nehmen ihn seine Freunde in ihre Heimatdörfer mit, wo er die von älteren männlichen Respektspersonen geprägten Hierarchiestrukturen erlebt.

Hessler ist fasziniert von den vielen Widersprüchlichkeiten. So wünschen sich viele Ägypter einen starken Führer, doch streben sie als Nonkonformisten letztlich nach einem schwachen Staat. Gläubige Muslime integrieren den Konsum von Alkohol und Drogen in ihr Leben. Eine offizielle Müllabfuhr gibt es nicht, jedoch ein funktionierendes informelles Netzwerk von Müllsammlern mit festen Routen und Wiederaufbereitungsketten.

Junge Ägypterinnen lernen fleißig in der Schule und arbeiten vor der Ehe emsig, um ihre Aussteuer zu finanzieren, doch bleiben sie nach der Heirat dem patriarchalischen dörflichen Lebensstil treu, der von den Zuwanderern auch auf Millionenstädte wie Kairo und Alexandria übertragen wird.

Die Proteste auf dem Tahrir-Platz erscheinen chaotisch, es kommt sogar zu Diebstählen und Handgreiflichkeiten, doch schnell werden in umliegenden Moscheen Krankenstationen, Aufsichts- und Sanktionsorgane improvisiert, flie-

gende Händler verkaufen Lebensmittel und Schutzausrüstungen, und die Bewohner der informellen Armenviertel nutzen das politische Vakuum, um mit eigener Hand die jahrelang nicht genehmigten Auffahrten zur Schnellstraße herzustellen – später werden sie dann von der Straßenbehörde stillschweigend geteert. Hessler bewundert die Selbstorganisation der Revolution, die freilich aufgrund mangelnder Führung bald wieder abgeebbt sei.

Der vor fast 5.000 Jahren im Alten Ägypten begründete Nationalstaat ist der Stolz vieler Ägypter, doch hat er im alltäglichen Leben nur untergeordnete Bedeutung. Wichtiger sind Familien, Klans und Stämme, Netzwerke und Beziehungen, einflussreiche Fürsprecher. Ägypter begeistern sich immer wieder für zündende Ideologien wie Nationalismus, Sozialismus oder Islamismus, doch verhindern sie eher konkrete Veränderungen, als dass sie sie bewirken – „kalam besh“ (es sind nur Worte) kommentiert lächelnd sein wissender Freund.

Hessler erlebt den rasanten Aufstieg und Fall der Muslimbrüder, die an ihrer Arroganz und Geheimniskrämerei, ihrer inhaltlichen Inkompetenz und letztlich an ihrer Schwäche gescheitert seien – die Zahl ihrer Anhänger, ihrer sozialen Dienstleistungen sei maßlos übertrieben worden. Und er wird Zeuge der brachialen Wiederherstellung des autoritären Systems, mit vielen Hunderten von der Polizei gezielt getöteten Muslimbrüdern und Zehntausenden politischen Gefangenen, von der großen Mehrheit der Ägypter achselzuckend als unvermeidlicher Reinigungsprozess hingenommen.

Erholung vom Trubel des ägyptischen Lebens sucht Hessler beim Be-

such von altägyptischen Ausgrabungen. Dabei zieht er manche nachdenklichen Parallelen zwischen der Pharaonenzeit und dem modernen Ägypten, ohne in plumpe Gleichsetzungen zu verfallen.

Lesenswert sind seine Exkurse zu chinesischen Händlern in Ägypten, mit denen er in ihrer Muttersprache redet, war er doch zuvor Korrespondent in Beijing. Hessler beschreibt, wie schnell sie lokale Marktnischen wie z.B. günstige Dessous erkennen und landesweit besetzen. Doch würden sie sich kaum für die Ägypter, ihre Kultur und Gesellschaft interessieren, was durchaus zu ihrer Beliebtheit beitrage. So hätten ägyptische Männer keine Angst, wenn ihre Ehefrauen alleine bei Chinesen Unterwäsche kauften.

Im Vergleich der beiden Gesellschaften identifiziert er eklatante Unterschiede, so z.B. den Aufstiegswillen der in die Städte gezogenen Arbeiter in China, kontrastiert mit dem sozialkonservativen und weiterhin an informeller Beschäftigung ausgerichtetem Verharren der ägyptischen Arbeitsmigranten. Dabei spiele auch eine gewichtige Rolle, dass die chinesische Regierung gezielt die öffentliche Bildung fördere und Investitionsanreize gebe, während solche Programme in Ägypten an staatlicher Ineffizienz und Korruption scheiterten. Ein Schlüsselsatz seines lesenswerten, von großer Sympathie und Empathie geprägten Buches lautet: „So viel Talent, aber so wenig Struktur“.

DR. MARTIN PABST,
MÜNCHEN

Sommer, Theo: *China first. Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert.* München: C. H. Beck-Verlag 2019, 480 Seiten, € 26,00.



Wenn man den Titel „China first“, der in großen Lettern auf dem Umschlag des Werkes von Theo Sommer steht, sieht, fällt einem sofort die Parole „America first“ von US-Präsident Donald Trump ein. Doch das Buch ist kein reißerisches Werk, sondern eine detailreiche und profunde Studie über das Reich der Mitte.

Der langjährige ZEIT-Herausgeber Theo Sommer war vor über 40 Jahren einer der ersten Autoren, die sich in Deutschland mit China beschäftigten. Wenn man das Buch unterteilt, erkennt der Leser vier Abschnitte. So wagt der Autor als China-Beobachter und Kenner des Landes in einer Einleitung eine Art Rückblick, ehe der Leser die Gründe des wirtschaftlichen Booms in Erfahrung bringt. Das dritte Kapitel kommt einer Analyse der geopolitischen Rolle gleich; Brüche und Kontinuitäten in der Beziehung Chinas mit den Nachbarstaaten und dem Westen runden die Publikation ab.

Von Beginn an wird Sommer dem Anspruch auf die Frage, ob man mit diesem Buch neue Einblicke hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Hochkonjunktur Chinas bekommt oder nicht, gerecht.

Schnell wird klar, dass das 500 Seiten umfassende Werk mehr als nur ein Resümee der täglichen Außenpolitikberichterstattung darstellt. Der Verfasser versucht, den Lesern, die sich mit der Materie auskennen, neue Ansichten und neue Informationen zu liefern. Wer kurze Abrisse mag, ist mit dem Abschnitt „Die neuen Seidenstraßen“ gut beraten. Dabei findet man die Antwort auf die Frage, ob China eine Weltmacht oder nur ein Global Player auf Augenhöhe ist. Ein jeder Staat arbeitet zweifelsohne daran, primär aus Eigeninteresse, Chancen seiner Entwicklung zu erkennen und nach diesen sein ökonomisches Handeln auf der (welt)politischen Karte auszurichten. China mit seinen vielen Einwohnern hat dieses Ziel schon erreicht. Dass dabei das Seidenstraßenprojekt als klassische Großmachtpolitik tituliert wird, zeigt offenkundig, wohin die Reise führt.

Während die USA die Karibik als ihr Meer betrachten und in dieser Hinsicht keinen Millimeter von ihrer Hegemonialmacht abtreten wollen, will das Reich der Mitte mit dem Südchinesischen Meer ähnlich vorgehen. Hier verfällt Sommer ein klein wenig in die Chronistenrolle, in der er das Geschehene minutiös genau beschreibt. Es wäre besser gewesen, wenn man diese Stellen hingegen etwas ausführlicher analysiert hätte. Aber dieses Manko darf und soll nicht den sehr guten Gesamteindruck schmälern.

Es ist kein Geheimnis, dass man China als Wirtschafts- und Handelspartner auf Augenhöhe begegnen muss. Und dennoch wird bei der Lektüre des Buches deutlich, dass man im Riesenreich Zentralasiens schon an dem Punkt des Umschwungs angelangt ist. In Zeiten der Globalisierung muss man sich,

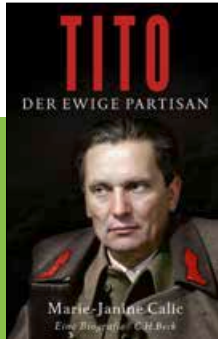
um Sommer zu zitieren, von dem Gedanken verabschieden, dass die westlichen Demokratien nach dem Ende des Kalten Krieges nicht „gesiegt“ hätten und gegenwärtig des Öfteren kein Vorbild mehr für die Welt seien. Selbst durch das Begriffspaar Wandel durch Handel wird China so schnell keine Demokratie. Mehr noch: Das Reich der Mitte lässt sich vom Westen in Bezug auf Einschränkung der Staatsmacht und der Gewaltenteilung keinesfalls belehren. Die Erfahrung des Kollektivs, wonach China immer nur in seiner jahrtausendealten Historie wohlhabend war, spricht für sich. Das trifft auf jene Momente der Geschichte zu, in denen die Zentralmacht Stärke bewies. Ein weiterer, keinesfalls unbedeutender Punkt ist noch anzuführen. Sommer sieht im chinesischen Staat keine klügere oder reifere Macht als andere Mächte vor ihm. Auch wenn man nicht in der Schuldenfalle verharrt, ist kein Krieg zwischen China und dem Westen vorprogrammiert. Darüber hinaus ist Peking trotz der ersichtlichen Stärke keinesfalls in der Lage, dem Rest der Welt seine Ordnung als die alleinig richtige aufzudrängen.

Europa tut gut daran, eine realistische Chinapolitik an den Tag zu legen. Das ist nicht die Schlussfolgerung des Rezensenten, sondern das Schlussplädoyer Sommers. Man darf auch nicht den Fehler begehen, das große Land im Herzen Asiens als Entwicklungsland anzusehen. Sicher muss China versuchen, viele interne Probleme einer Lösung zuzuführen. Europa tut aber auch gut daran, eine eigene Industriepolitik zu verwirklichen und die Europäische Union darf keineswegs auseinanderbrechen, indem Teile der 27 Staaten umfassenden Gemeinschaft Peking, Moskau

oder Washington als starke und schützende Hand ansehen. Alles in allem hätte man das Buch auch noch mit ein paar persönlichen Begegnungen mit chinesischen Politikern in den letzten 40 Jahren anreichern können und möglicherweise andere Denkstrukturen aus der Sicht eines Zeitzeugen entschlüsseln können. Dessen ungeachtet ist es aber ein recht gutes und übersichtliches Werk, das für die politische Diskussion in der Jetztzeit nützlich und für kontrovers geführte Debatten förmlich einladend ist.

ANDREAS RAFFEINER,
BOZEN

Calic, Marie-Janine:
Tito – Der ewige Partisan.
 München: C. H. Beck-Verlag
 2020, 442 Seiten, € 29,95.



Der Beck-Verlag hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte die Herausgabe einer Reihe von Biografien begonnen, in denen Diktatoren des 20. Jahrhunderts vorgestellt werden. Mussolini, Robert Mugabe und Stalin liegen bereits vor. Nunmehr präsentiert Marie-Janine Calic, Professorin für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität München, die vierte Persönlichkeit: Josip Broz, genannt „Tito“. Der Untertitel lautet „Der ewige Partisan“. Das ist nicht ganz verständlich, denn Tito hat sich nach seiner erfolgreichen Karriere als kommunistischer Partisanenführer im Zweiten Weltkrieg und nach vielen Massenmorden zum langjährigen und sehr angesehenen Staatsführer Jugoslawiens entwickelt, wobei die Zahl der von ihm zu verantwortenden politischen Morde deutlich zurückging.

Ganz klar war die große Autorität, die er bis zu seinem Tod am 4. Mai 1980 im Land selbst und teilweise auch international genoss, durch seinen Sieg im Partisanenkrieg grundgelegt worden. Aber auch in Friedenszeiten bewährte er sich als souveräne Führungspersönlichkeit, die keinesfalls nur in dem propagandistisch fabrizierten Kult begründet

war, wie er rund um kommunistische Diktatoren nach Stalins Vorbild gepflegt wurde.

Die Autorin stellt eindringlich dar, dass er die größten Anstrengungen unternahm, um diesen äußerst uneinheitlichen Vielvölkerstaat, der im Krieg schnell auseinandergebrochen war, mit Hilfe seiner siegreichen Partisanen-Armee und seiner zunächst monolithischen, kommunistischen Partei zu einer Einheit zusammenzuzwingen. Das hat aber schon zu seinen Lebzeiten nicht mehr befriedigend funktioniert. Es zeigte die staatsmännische Fähigkeit Titos, dass er nur in geringem Maß auf Repression setzte, er sogar mit dem Gipfelpunkt der Verfassung von 1974 den inneren Ausgleich in einer weitgehenden Föderalisierung suchte. Seine Nachfolge wollte er durch ein Präsidium sichern, aus dem heraus per Rotationsverfahren die einzelnen Nationalitäten auf Zeit einen Staatspräsidenten kürten. Bekanntlich ist Jugoslawien 10 bis 12 Jahre nach Titos Tod dennoch in einzelne Nationalstaaten auseinandergebrochen, deren Kämpfe untereinander bis 1995 an die 100.000 Tote forderten und deren Wunden immer noch nicht verheilt sind. Damit ist Titos Lebenswerk vernichtet.

Die Biografie zeigt, dass ihm daran keine Schuld zu geben ist, dass vielmehr dieser Staat der Südslawen (abzüglich der Bulgaren) schon ab seiner Ausrufung am 1. Dezember 1918 den Geburtsfehler der viel zu disparaten Nationen, die ihn bilden sollten, nicht überwinden konnte. König Alexander I. hatte es ab 1929 mit rigoroser Zentralisierung versucht, Tito mit politisch-gesellschaftlicher Liberalisierung. Und beide kamen über die Kräfte unter den Slowenen, Kroaten, Bosniaken, Serben, Mon-

tenegrinern, Albanern und Makedonen (dies eine mehr oder weniger von Tito kreierte Nation), die den Gesamtstaat sprengten, nicht hinweg. Nationalismus, ja Provinzialismus verdrängten weitestgehend, was vom „Sozialismus“ der unmittelbaren Nachkriegszeit bei Titos Tod überhaupt noch übriggeblieben war.

Es gehört zu den Qualitäten dieser Biografie, dass die Darstellung nicht in der Masse der für diesen Auflösungsprozess schon lange wirksamen, einzelnen Faktoren versinkt, auch wenn die Autorin, wie die zahlreichen Fußnoten und ihre bisherigen Publikationen zeigen, darüber sehr wohl Bescheid weiß. Vielleicht ist eine weitere Qualität der – sagen wir – Plauderton, in dem der Text gehalten ist. Dazu gehört allerdings auch, dass wir viele Informationen serviert bekommen, die den Menschen Tito zwar etwas plastischer machen, aber ansonsten in der Boulevard-Presse besser aufgehoben wären. So dürfen wir etwa auch erfahren, dass Sophia Loren, als sie einmal in Titos Sommer-Villa auf der Insel Brioni eingeladen war, dem Staatsoberhaupt ihr Spezialrezept gekocht habe: Pasta mit roher Tomatensauce. „Und dieser revanchierte sich mit selbstgemachtem Käse- und Apfelstrudel nach Zagorje-Art“. Diese Auflockerungen gehen zwar nicht auf Kosten der politischen Information, aber passen zu der, wenn auch nicht aufdringlichen Tendenz der Darstellung, Tito zu glorifizieren, weil er in seiner staatsmännischen Leistung „der größte Jugoslawe“ war, derjenige, der das Land in den etwa zwei Generationen seiner Existenz am sichersten zusammengehalten hat.

Mittlerweile ist seine imposante Figur in eine unwiederbringliche Vergan-

genheit entrückt, die, besonders von außen, ruhig und unparteiisch dargestellt werden kann. Insgesamt betrachtet, ist das der Autorin gelungen.

BERND RILL,
MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN
81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz
im Gesundheitswesen



AKTUELLE ANALYSEN
82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen
auf dem Prüfstand



AKTUELLE ANALYSEN
83 Wie aus Vertreibung Versöhnung
wurde – 75 Jahre Kriegsende und 70 Jahre
Charta der deutschen Heimatvertriebenen



KOMPASS
Wehrhafte Demokratie – Wegweiser
im digitalen Raum für ehrenamtlich
und politisch Verantwortliche



75 „ENTHÜLLUNGEN ÜBER EINE PARTEI“
Was Sie über die CSU wissen sollten

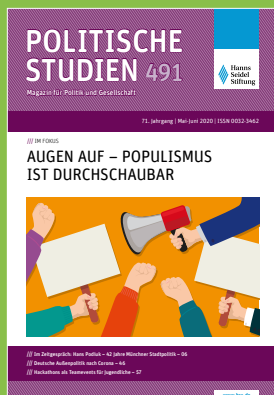
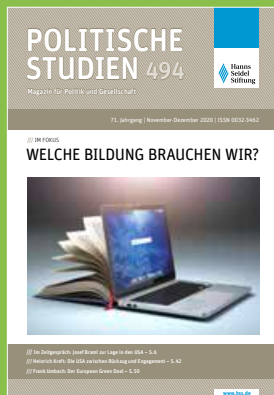
VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 496 „Multilateralismus – Ist ein Ende der Krise in Sicht?“
mit Beiträgen von Markus Ferber, Sonja Thielges, Charlotte Unger
und Johannes Varwick

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 494: Welche Bildung brauchen wir?
	PS 493: Heimat – Mehr als nur ein Ort
	PS 492: Jugend bewegt sich
	PS 491: Augen auf – Populismus ist durchschaubar
	PS 490: An die Welt von morgen denken
	PS 489: Politik vor Ort – Kommunalwahlen 2020

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar
in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

Herausgeber:

© 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückschickt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
iStock.com/Bigpra